

VORAN

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Friedensverhandlungen

Seite 2

AIDS

Seite 3

Spanien

Seite 6

Nr. 91 - Juni 1987
80 Pfg. - Solidaritätspreis 1,20 DM

Nein zur Profitgier der Kapitalisten

Verstaatlicht die Banken

Die deutschen Großbanken haben auch im vergangenen Jahr wieder fette Profite eingefahren. Seit 1981 steigen die Gewinne der drei größten Banken - Deutsche, Dresdner und Commerzbank - ununterbrochen.

Die Gewinne aus laufenden Geschäften einschließlich des Eigenhandels mit Wertpapieren, Devisen und Edelmetallen werden für 1986 bei diesen drei Banken auf insgesamt 9,5 Mrd. DM geschätzt.

Alle drei konnten ihr Finanzpolster an Eigenmitteln in den 80er Jahren fast verdoppeln, nämlich auf insgesamt 21 Mrd. DM. Dazu kommen

noch stille Reserven, die in den Bilanzen nicht als Gewinne ausgewiesen werden.

Mit diesen versteckten Gewinnen haben die Banken gute Möglichkeiten, hohe Steuerzahlungen zu umgehen. Sie bilden einfache steuerfreie Rücklagen und nennen das „Risikovorsorge“ (bei der Deutschen Bank inzwischen 11,9 Mrd. DM). Oder sie

gehen davon aus, daß manche Dritte-Welt-Länder ihre Schulden ohnehin nicht mehr zurückbezahlen werden und vermindern ihr steuerpflichtiges Vermögen um diesen Betrag. Mit solchen sogenannten „Wertberichtigungen“ lassen sich auch andere interessante Dinge anstellen:

Steuertricks der Millionäre

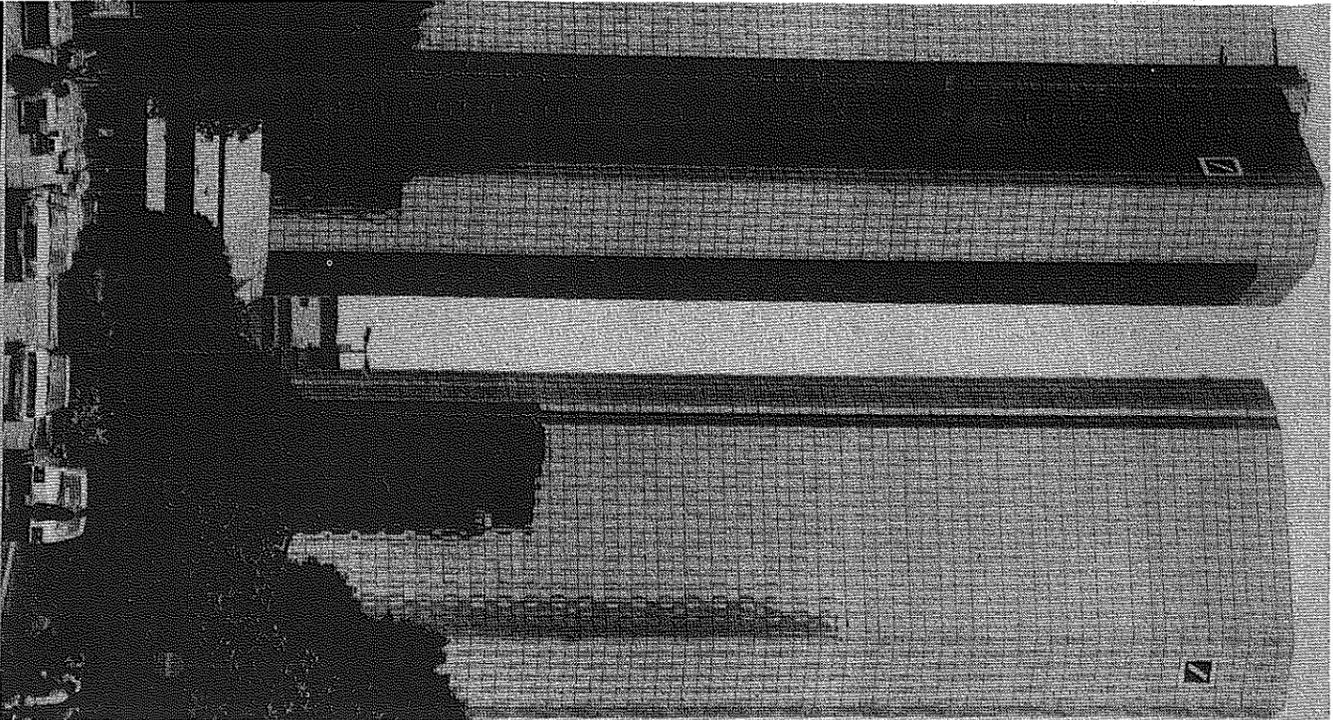
Die Deutsche Bank kaufte um die Jahreswende 1985/86 das Flick-Vermögen, um es anschließend weiter zu veräußern. Die Deutsche Bank-Tochter Alma verkaufte z.B. Beteiligungen des Flick-Unternehmens Feldmühle weiter. Aus dem Erlös zahlte sie zunächst 2,2 Mrd. DM Körperschafts- und Kapitalertragssteuer an das Finanzamt. Doch die Firma Feldmühle war ja nun nach Verkauf einiger ihrer Beteiligungen, weniger wert als vorher. Und die Alma-Bank berücksichtigte diese Wertminderung später in ihrer Bilanz. Das verminderte natürlich den Gesamtgewinn und damit die zu zahlenden Steuern. Folge: Die Deutsche Bank fördert nun 1,9 Mrd. DM Steuern zurück. Der Dumme ist in jedem Fall der kleine Steuerzahler. Die Reichen schmuggeln den Großteil ihrer Gewinne am Finanzamt vorbei. Die Masse der Steuerzahler muß immer zahlen. Obendrein ist sie noch Opfer von Kürzungen im sozialen Bereich wegen geringerer Steuerentnahmen des Staates.

Auch Herr Flick kennt sich ja bekaunlich mit Steuererleichterungen aus. Er erhielt von der Deutschen Bank die bescheidene Summe von 5 Mrd. DM für seinen Konzern. Nun gibt es zwei Paragraphen im Einkommenssteuergesetz, nach denen „außerordentliche Einkünfte“ steuerlich nicht voll belastet werden müssen, um Härtefälle zu vermeiden. Da Herr Flick zweifelsohne ein Härtefall ist, brauchte er statt des Spitzensteuersatzes von 56% auch nur 28% Einkommenssteuer zu zahlen. Steuerausfall: 1,4 Mrd. DM.

Kürzungen für Millionen

So entgingen dem Staat an Steuerentnahmen allein aus dem Geschäft Flick/Deutsche Bank rund 2,4 Mrd. DM - durch ganz „legale“ Steuertricks. Das entspricht etwa den Kosten für das - inzwischen gestrichene - Schülerbafög für 8 Jahre! Und das ist ja nur die Spitze des Eisbergs. Ganz zu schweigen von den immensen Zinszahlungen der öffentlichen Hand für Kreditaufnahmen bei Banken zur Deckung von Haushaltslücken. Auch dieses Geld fehlt letztlich für öffentliche Dienstleistungen, während sich die Banken an den Zinsen goldene Nasen verdienen. Trotzdem weigerten sich die Bankarbeitsgeber in der Tarifrunde, deutlichen Lohnerhöhungen und einer sofortigen Verkürzung der Arbeitszeit zuzustimmen.

Zentrale der Deutschen Bank in Frankfurt: Die Macht der Banken muß gebrochen werden!



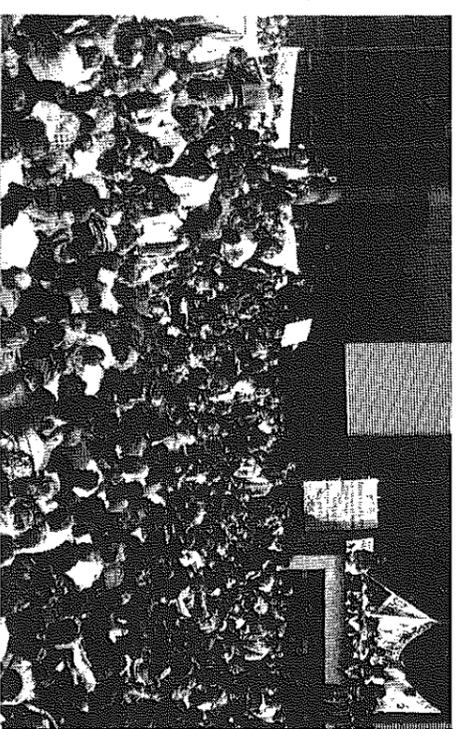
machen, gibt es nur eins: Die Banken müssen verstaatlicht und unter demokratische Kontrolle der Beschäftigten, der Gewerkschaften und des Staates gebracht werden. Anders ist der enorme Machtfaktor Finanzkapital nicht kontrollierbar. Allein die Deutsche Bank hat ein Umsatzvolumen von 237,2 Mrd. DM (zum Vergleich Bundeshaus-

halt: 261,6 Mrd. DM). Die alte Forderung von Jusos und SPD-Linken aus den 70er Jahren nach Verstaatlichung der Banken ist daher höchst aktuell. Ein verstaatlichter Finanzsektor ist ein wichtiges Instrument für eine demokratisch geplante sozialistische Wirtschaftsordnung. sie auch Seite 7 zur Tarifrunde im Bankbereich

Schülerproteste gegen CDU-Pläne

Die Bewegung der Schüler gegen die von der CDU geplante Neuregelung des Abiturs („Abi-DeForm“) breitet sich aus. Im Juni sind zahlreichere Protestaktionen sowie ein nationaler Streiktag am 11.6. geplant. Auch die Studenten sehen sich zunehmenden Verschärfungen der Studienbedingungen gegenüber. In

Niederrassen will die CDU Studiengebühren einführen und Stellen an Hochschulen streichen. Was sind die Hintergründe für die Angriffe auf das Bildungswesen? Wie kann der Kampf dagegen geführt werden? Ausführliche Berichte auf Seite 5.



VORAN wird Monatszeitung! Neues Spendenziel: 100.000,- DM!

Endlich ist es soweit. Die Redaktion VORAN hat sich vorgenommen, die Zeitung beginnend mit der vorliegenden Ausgabe monatlich herauszubringen. Eigentlich ist dieser Schritt längst überrallig. Denn in Anbetracht der Vielzahl politischer Entwicklungen, die sich immer schneller vollziehen, hinkt eine sechs-wöchentlich erscheinende Zeitung notgedrungen hinter wichtigen Ereignissen her. Top-Aktualität ist natürlich nur bei einer Wochen- oder Tageszeitung zu erreichen, was nach wie vor unser Ziel ist. Aber die monatliche Erscheinungsweise ist ein Schritt in diese Richtung.

Dazu brauchen wir aber die aktive Unterstützung unserer Autoren, Anhänger und Leser. Insbesondere brauchen wir eine verbesserte technische Ausstattung, um das pünktli-

che Erscheinen zu gewährleisten. Wir haben uns vorgenommen, in diesem Jahr Anschaffungen als Bausteine für eine eigene Druckerei zu tätigen, d.h. zunächst ein neues Setzgerät und die technische Ausrüstung für Reproarbeiten. Deshalb haben wir uns das ehrgeizige Kampffondsziel von 100.000,- DM bis Ende 1987 gesetzt!

Hilft alle mit, VORAN als marxistische Monatszeitung auf- und auszubauen! Gerade in einer Zeit, die den entscheidendsten Klassenkampf gegen die Unternehmer erfordert befindet sich die SPD in einer Krise. Sie muß sozialistisch erneuert werden. VORAN, die marxistische Monatszeitung einen noch besseren Beitrag leisten.

Fortsetzung Seite 2

VORAN

zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaft

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221 / 1345 04

Bankverbindung: P.GiroA Essen, Konto-Nr. 2500 59 - 430
Druck: G. Lutz, Dürener Str. 165a, 5000 Köln 1

Der Kommentar

Verhandlungen bringen keinen Frieden

Die Sowjetunion hat die sogenannte „doppelte Null-Lösung“ angeboten, d.h. alle nuklearen Mittelstreckentraketen größerer Reichweite (zwischen 1000 und 5000 km) sowie kürzerer Reichweite (500 bis 1000 km) sollen aus Europa abgezogen werden. Die Null-Lösung bei den Mittelstreckentraketen größerer Reichweite gesteuert schon seit 1981 durch die Verhandlungen. Damals wurde sie von der Sowjetunion zurückgewiesen, was dem Westen wiederum als Vorwand für die sogenannte „Nachrüstung“ diente (Stationierung von Cruise missiles und Pershing 2 in Westeuropa). Die US-Regierung scheint dem Angebot der doppelten Null-Lösung positiv gegenüberzustehen. Ein Abkommen mit bedeutenden Abrüstungsmaßnahmen wäre damit in greifbarer Nähe gerückt. Was ist der Hintergrund für einen solchen relativ schnellen und weitgehenden Verhandlungserfolg?

Die Interessen der Supermächte

Für beide Supermächte ist das Wettstreiten zu einer immer kostspieliger werdenden Belastung geworden. Die sowjetische Wirtschaft entwickelt sich nur noch im Schneckentempo. Das ist der Grund für Gorbatschows „Reformkurs“ im Innern, der auf Eindämmung von Korruption, Mißwirtschaft und Fehlplanungen durch eine riesige bürokratische Kaste abzielt, die einen Großteil des Volkseinkommens verschlingt und jede gesellschaftliche Weiterentwicklung zu ersticken droht. Gorbatschow will einen Teil der immensen Rüstungsausgaben in die Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft umlenken. Das Beispiel Polen warnend vor Augen, fürchtet die bürokratische Elite den Ausbruch einer politischen Revolution von unten, falls der Reformkurs von oben scheitert und die Wirtschaft nicht weiterentwickelt werden kann.

Auch die amerikanische Wirtschaft steht vor großen Schwierigkeiten. Sie hat ein Rekord-Defizit im Haushalt und in der Handelsbilanz zu verzeichnen. Wenn auch in der kapitalistischen US-Wirtschaft (anders als in der Planwirtschaft) ein Teil der Industrie riesige Profite durch die Aufrüstung kassiert, so ist der Rüstungswettlauf doch auch eine Belastung der gesamten Volkswirtschaft. Die herrschende Klasse als Ganze hat ein Interesse daran, die Kosten zu begrenzen und die Rüstungsspirale nicht außer Kontrolle geraten zu lassen.

Vor diesem Hintergrund scheint beiden Seiten die Abrüstung von Waffensystemen möglich, die sie für zweitrangig und am ehesten entbehrlich halten. Die Stationierung von Mittelstreckentraketen in europäischen Ländern ist ein beträchtlicher Kostenfaktor für die Supermächte, die ihre wichtigste strategische Basis vor allem in den Interkontinental-Raketen und - im Fall der USA - in der Entwicklung von SDI sehen. Gleichzeitig können sich Gorbatschow und Reagan zu Hause und in der internationalen Arena als große Friedensstifter feiern lassen, falls es zu einem solchen Abkommen kommt.

Ursachen nicht beseitigt

Aber tatsächlich wird es kein so großer Schritt nach vorne sein, der „Weltfrieden“ wird dadurch nicht sicherer. Denn auch ohne Mittelstreckentraketen verfügen beide Seiten noch über ein riesiges nukleares Waffenarsenal in Form von Interkontinental-Raketen sowie seegestützten Raketen und Bomben. Die USA würden immer noch 12.846, die UdSSR 10.716 nukleare Sprengköpfe besitzen, die Kontingente der „unabhängigen“ britischen und französischen nuklearen Waffensysteme nicht mitgerechnet. Das ist nach wie vor ein Vielfaches mehr, als zur Vernichtung des Erdballs ausreicht. Die tiefliegenden Ursachen des Rüstungswettlaufs wären nicht beseitigt: der grundlegende Interessenkonflikt zwischen den kapitalistischen Ländern und den - wenn auch un-demokratisch und totalitär gelenkten - Planwirtschaften.

Abrüstungsverhandlungen gibt es seit Jahrzehnten. Dennoch ist die Zahl der Sprengköpfe ständig gewachsen, ist keine Seite von ihrer „Abschreckungs“-Theorie gewichen. Abgesehen davon hat Rüstung - vor allem konventionelle Bewaffnung - auch eine Funktion im „Innern“ der Machtbereiche, die die USA und die UdSSR jeweils als den ihren betrachten. Diese Waffen sollen letztlich die Macht des Kapitals hier und der Bürokratie dort sichern, das haben die Interventionen in Vietnam, Mittel- und Südamerika, Ungarn, CSSR und Afghanistan deutlich demonstriert.

Der Weltfriede ist unmöglich, solange die jetzigen wirtschaftlichen und politischen Systeme existieren. Nur wenn die Herrschaft des Kapitals im Westen und der totalitären Bürokratie im Osten gestürzt wird, wenn demokratische Arbeiterstaaten sich in einer weltweiten sozialistischen Föderation zusammenschließen, kann der Friede dauerhaft gesichert werden. Der Kampf für Frieden ist untrennbar mit dem Kampf für Sozialismus verbunden.

KAMPFONDS

Fortsetzung von Seite 1

Selbst nach dem schlechten Abschneiden bei der Bundestagswahl ist bei der SPD-Führung kein Kurswechsel in Sicht. Die Partei linke ist schlaff und unkoordiniert wie eh und je. Anstöße können nur von den Marxisten kommen.

Die Partei befindet sich zudem in einer Finanzkrise. Der neue Schatzmeister der Partei, Hans-Ulrich Klöse hält aufgrund der schlechten Finanzlage) sogar Sparmaßnahmen für wahrscheinlich (Vorwärts, 2.5.87). Weiter beklagt er die schlechte Beitragsmoral der Mitglieder, übersteht aber die Notwendigkeit, mit klaren sozialistischen Ideen die Genossen zu begeistern und zur Opferbereitschaft anzuspornen. Andererseits hofft er auf Unternehmerrspenden für die SPD. „Natürlich bin ich für jede Firmen-Spende - je höher desto besser - dankbar.“ (Vorwärts, 2.5.87)

VORAN ist der Ansicht, daß von dieser Seite nicht die erwünschte Erneuerung der Partei kommen wird. Die wichtigste Aufgabe ist die Verstärkung des Einflusses marxistischer Ideen in der Partei. Dafür steht VORAN. Deswegen braucht VORAN Euer Geld!

Die SPD-Spitze hat ihr Wahlziel bei der Bundestagswahl verfehlt. VORAN hat das Spendenziel von 45.000 DM sogar übertroffen: In der

Wahlkampagne kamen 47.911,13

DM herein. Bis zum 1. Mai sollten 26.000,- DM erreicht werden. Wenn die restlichen Spendenversprechen vom Seminar noch eingelöst werden, können wir mit insgesamt 25.625,21 DM abschließen. Dieses großartige Engagement muß fortgesetzt werden, um unser Ziel von 100.000,- und Schritte zum Aufbau einer Druckerei zu schaffen.

Jeder kann dazu beitragen, wie die folgenden Beispiele zeigen: Bei einem Lesertreffen in Göttingen wurden 45.20 DM gespendet; ein Flohmarkt in Essen erbrachte 110,- DM für den Kampfonds. In Köln wurden Broschüren für 105,- DM verkauft. Stuttgarter Zeitungsverkäufer sammelten am 1. Mai 108,09 DM Spenden. Drei Leser aus Stuttgart spenden die Nachzahlung aus der Tarifierhöhung in Höhe von insgesamt 245,- DM. Doch nicht nur

Werkätige, auch Schüler können einen Beitrag leisten. Kai Ruoff gab 20,- DM, Stefan Kimmel 1,50 DM, Peter Großhaus 2,- DM für den Kampfonds. Alle drei sind Schüler aus Stuttgart. Und wer kein Geld hat, kann handwerkliche Talente nutzen: Stuttgarter Leser spendeten den Erlös selbstgeprägter Juso-Fahnen in Höhe von 145,- DM. 100.000,- DM bis Jahresende - das ist das größte Ziel, das von VORAN niemals gesteckt wurde. Überlegt, was ihr persönlich beitragen

LESERBRIEFE

Liebe Genossinnen und Genossen! Kritikern traue ich auf einer Demonstration drei Jugendliche aus der DDR, die hier zu Besuch waren. Sie waren Mitglieder der Freien Deutschen Jugend (FDJ). Ich dachte mir, mit denen diskutierte ich mal über die Zustände in der DDR, die Bürokratie, die Mißwirtschaft usw.

Es war haarsträubend, was die von sich gaben: Der Aufstand der Arbeiter in der DDR 1953 wäre ein konterrevolutionärer Putschversuch gewesen und Solidarnosc in Polen wäre von CIA und katholischer Kirche inszeniert und finanziert worden. Desweiteren schimpften sie kräftig über den westdeutschen Kapitalismus. Darin fanden sie natürlich meine Zustimmung. Aber auf meine Frage, was die DDR denn für die Befreiung der Arbeiter in der BRD vom Joch des Kapitalismus tun würden, sagten sie: „Bloß keine Revolution in der Bundesrepublik. Dies stört den Weltfrieden. Das kann gefährlich werden.“ Dies war vielleicht ein Ding! Die DDR ist gegen eine sozialistische Revolution in der BRD, sie ist ihnen zu gefährlich. Ich hoffe nur, daß sie gefährlich ist - nämlich für die Kapitalisten hier und die Bürokraten in der DDR.

Kämpfen wir für eine Arbeiterdemokratie hier, damit die Arbeiter in der DDR sehen, daß es auch ohne die Bürokratie geht.

Mit sozialistischen Grüßen
Andreas Paqué, Jusos, Aachen

Nicht weiter so Deutschland!

Liebe Genossinnen und Genossen!

...Durch Kohls einseitige Politik zugunsten der Arbeitgeber werden die Arbeitslosenzahlen weiter ansteigen. Und schon fordert Arbeitgeberpräsident Mürtmann zu weiteren arbeitnehmerfeindlichen Maßnahmen auf: Lockerung der Montanmitbestimmung, mehr „flexible“ Arbeitsstellen wie z.B. Samstags- und sogar Sonntagsgarbei, Lockerung des Kündigungsschutzes. Dieser Weg in die Vergangenheit wie vor 100 Jahren sollte von der Gewerkschaft verhindert werden. Durch die Herabsetzung des Spitzensteuersatzes betreiben CDU und FDP Politik für eine Minderheit, während Vergünstigungen für Arbeitnehmer gestrichlen werden: Steichungen beim Weihnachtsgeldfreibetrag, bei Zuschlägen für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit. Die Steuerreform dient

26.000

+ 25.000

+ 20.000

+ 15.000

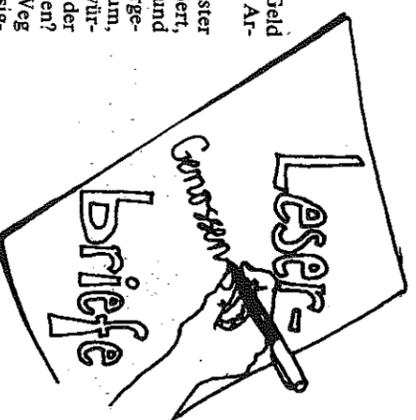
+ 10.000

+ 5.000

Spendenkonto:

VORAN Postgromant Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

gen könnt. Fragt Kollegen und Freunde, ob sie auch spenden können für den Aufbau einer marxistischen Arbeiterzeitung, vielleicht sogar speziell für die Anschaffung eines Setzergerätes.
Leo Schiffer, Redaktion Köln



Angriffe gegen Voran in Aachen

Auf einer gemeinsamen Sitzung des SPD- und Jusos-UB-Vorstandes hat der letztere um Verbot von VORAN-Lesertreffen im SPD-Bürgerbüro „Begründung“ des Jusos-Vorstandes: Sie wollen die SPD in standbesetzen, die Unternehmer sitzen, sie finden zu schnell und zu viele Jusos-AG's; VORAN-Unterstützer sind im Wahlkampf sehr aktiv, treten für eine absolute Mehrheit der SPD ein und gewinnen viele neue Mitglieder. Dies sei höchst unheimlich und suspekt. Also VORAN könnte doch eine geheime Organisation sein. Bei so vielen „Verbrechen“ konnten langjährige SPD-Mitglieder nur mit dem Kopf schütteln.

Die Alt-Genossen konnten sich nicht erinnern, daß jemals ein Jusos-UB-Vorstand an die Partei herangetreten ist, mit der Bitte um Disziplinarnmaßnahmen gegen aktive Jungsozialisten. Anders, die eine Theorie-Diskussion erwartet hatten, wurden bitter enttäuscht. Der Jusos-UB-Vorstand wählte nichts anderes als Verboismassnahmen zu beantragen. Der SPD-UB-Vorsitzende sah sich genötigt, die Jusos-Führung mehrmals in Sachen innerparteiliche Demokratie zu belehren: „Politische Fragen müssen politisch entschieden werden. Es sind keine politischen Gründe vorgebracht worden, um VORAN-Lesertreffen in SPD-Bürgerbüros zu verbieten.“

Der Jusos-Vorstand übte zwar Selbstkritik, gab zu, zu wenig getan zu haben und versprach Besserung. Im gleichen Atemzug forderte er aber aut, gegen die Jusos-Schülergruppe und die Jusos-Hochschulgruppe vorzugehen, die „außer Kontrolle geraten sind.“ Die aktive Basis sei störend, abschreckend, allen voran - die VORAN-Unterstützer. Jusos-AG's in Aachen die Vorsitzenden aktive VORAN-Verkäufer sind. Es ist wichtig, bürokratischen Maßnahmen von oben, wie z.B. Versuche, VORAN-Verkauf zu verbieten, politisch offensiv zu begegnen. Wovor haben die Genossen Angst? Vor politischen Ideen? Können Genossen nicht mehr selbst entscheiden, was sie lesen? Ein Schritt, sich von der unliebsamen Basis unabhängig zu machen, ist bereits getan. Die Mitglieder des Jusos-Unterbezirksvorstandes wurden kurzherhand zu Delegierten ernannt, das macht fast 40% der von den Jusos-AG's gewählten Delegierten aus! Mir scheint, als ob der Jusos-UB-Vorstand nicht mehr den Kampf gegen die Unternehmer und die Konservativen, sondern gegen die Marxisten in der SPD im Mittelpunkt seiner Arbeit sieht. Um VORAN zu „entlarven“, wurde keine Mühe geschont und sogar selbst gebastete Papiere und Dokumente in Hülle und Fülle vorgelegt. Würde der Jusos-UB-Vorstand solche Aktivitäten gegen die Jung- und Schüler-Union richten, wäre unser Verband längst zum Mittelpunkt der Aachener Jugendlichen geworden.
Gaëtan Kayitare
Jusos-AG Vorsitzender Aachen-Nord

Wer so grausam und brutal mit den Menschen umgeht, die bei Wasser und Maisbrot, unter schwersten Bedingungen die deutsche Wirtschaft nach dem blutigsten aller Kriege in Gang gebracht haben, verdient es nicht, Minister zu sein und sollte so schnell wie möglich gehen. Wie soll das alles weiter gehen, wenn

der Kapitalismus immer mehr Menschen in Armut und Elend treibt? Der Kapitalismus ist der falsche Weg. Und die Gewerkschaft sollte endlich in die Politik eingreifen. Nicht weiter so mit Deutschland!
Gerhard Nysten
SPD-Mitglied Aachen-Burtscheid
Gärtner

Ihr da oben . . .

Spenden

2,6 Millionen DM hat der Klöcker-Chef Henle über Spendenwahasanlagen CDU, CSU und FDP zukommen lassen. Damit hat er 1,4 Mio. DM Steuern hinterzogen. Eine halbe Million soll er dafür als Strafe bezahlen, fordert die Staatsanwaltschaft. Das macht einen Nettogewinn für die bürgerlichen Parteien oder Herrn Henle von 0,9 Mio. DM. Wer sagt da, Verbrechen lohnt nicht?

Aber nicht mal zu dieser „Strafe“ wird es kommen. Die Aussagen der Angeklagten „mögen nicht sehr überzeugend klingen, es hätte jedoch für eine Verurteilung eindeutiger Indizien bedurft“, etwa ein Dankschreiben der betroffenen - Verzeihung, betroffenen Schatzmeister, wie sie in anderen Verfahren vorlagen, meint der Richter. Vielleicht erhält jetzt wenigstens der Richter ein Dankeschreiben, wenn schon nicht von Kohl, Strauß oder Lambsdorff, so wenigstens von Herrn Henle.

Abfindungen

Ein dreiviertel Jahr nach dem „Bhopal am Rhein“ geht es dem Rheinererschmutzer Sandoz anscheinend blendend. Große Schadensersatzsummen mußte er bisher nicht zahlen. Lediglich mit den elisasischen Rhenanliegern wurde bisher eine außergerichtliche Vereinbarung getroffen, nach der die vom Chemieunfall Betroffenen mit ca. 2 Mio. DM Schadensersatz abgefunden werden sollen. Dabei bleibt offenbar noch eine Menge für die Sandoz-Aktionäre übrig. Sie werden für 1986 mit 45% Dividende je Aktie „abgefunden“ . . .

Einkommen

Die Medien und Werbetribünen entdecken immer neue Zielgruppen. Die „Yuppies“ (Younge Urban Professionals - jun-

ge städtische Aufsteiger), die „Ultras“ (zahlen für Extravaganzen jeden Preis) und die „Dinks“ (double income, no kids - Doppelverdiener ohne Kinder). Diese Gruppen werden uns in letzter Zeit im Fernsehen ausgiebig vorgeführt. Karriere machen mit 27 Jahren? Ein Leichtes, man braucht nur Mut zum Risiko. Eine Luxus-Penthouse-Wohnung über den Dächern von Düsseldorf? Porsche? Teure Reisen? Kein Problem für unsere Yuppies. Sie werden dargestellt als seien sie repräsentativ für die Verteilung von Wohlstand in dieser Gesellschaft. Stolz wird auf die wachsende Schicht der Reichen verwiesen: 1968 gab es noch 2.000 Einkommens-Millionäre in der BRD, 1986 sind es 10.000. Und über 250.000 verdienen 1986 mehr als 100.000 DM im Jahr. Was haben die 2,6 Millionen Sozialhilfepfänger wohl falsch gemacht, daß sie es nicht in diese Höhen gebracht haben . . . ?



Steigert den VORAN-Verkauf

Bild oben: Aachener VORAN-Unterstützer bei der Kundgebung am 1. Mai. Über 120 VORAN's wurden dort verkauft. Stuttgarter VORAN-Anhänger setzten auf der Maikundgebung rund 170 Zeitungen ab. Auch in einer Reihe von anderen Städten kam die Zeitung bei den Kollegen gut an. Wenn VORAN jetzt Monatszeitung wird, brauchen wir die aktive Unterstützung unserer Hand-Verkäufer, damit die Auflage bei vierwöchigem Erscheinen nicht sinkt, sondern im Gegenteil gesteigert wird. Überlege auch Du, wie Du VORAN als marxistische Monatszeitung aktiv unterstützen kannst: Kannst Du ein Förderabo für Deine Juso-AG oder Deinen Ortsverein bestellen? Kannst Du ein Sammelabo von mehreren Exemplaren beziehen, die Du im Bekanntenkreis weiterverkaufst? (Bestellabschnitt siehe Seite 8)

AIDS: Wissenschaft muß unter demokratische Kontrolle

Heute weiß jeder, was AIDS ist, aber kaum jemand kennt die Entstehungsgeschichte dieser tödlichen Krankheit. Man sagte, daß sie wahrscheinlich in Afrika zuerst aufgetreten ist, daß ein Virus von grünen Affen durch Biß auf den Menschen übertragen wurde und sich dort in das AIDS-Virus verwandelt hat. Selbst die Welgesundheitsbehörde WHO hat aber inzwischen erklärt, daß die Ähnlichkeit zwischen beiden Viren so geringfügig ist, daß diese Möglichkeit sehr unwahrscheinlich bleibt.

Und in Afrika, ebenfalls eine Mitteilung der WHO, stammten die ersten AIDS-Fälle aus dem Beginn des Jahres 1983, drei Jahre nachdem in New York die ersten Erkrankungen registriert wurden und ein Jahr nach Europa. Diese Tatsachen widerlegen die Annahme, daß AIDS auf dem afrikanischen Kontinent seinen Ursprung hatte.

Es gibt nun einige führende Wissenschaftler, die die Theorie aufgestellt haben, daß das AIDS-Virus aus einem gentechnischen Labor entwichen ist. Man untersuchte das Aids-Virus HIV unter dem Elektronenmikroskop und entdeckte, daß es eigentlich aus zwei Viren zusammengesetzt ist: das Hauptstück des gentechnischen Materials stimmt genau überein mit dem Vimsa-Virus, das bei Schafen eine Gehirnkrankheit erzeugt. Der kleinere Abschnitt gleicht einem Stück aus dem Virus HTLV-I, ein Virus, das an menschlichen T-Lymphozyten Krebs erzeugt. Solch eine Kombination kann nur durch bewußte Gen-Manipulation entstanden sein.

Da es nur wenige Gen-Labors gibt, die mit Krankheitserregern ma-

nipulieren dürfen, geht die heiße Spur wahrscheinlich, so die Wissenschaftler, nach Fort Detrick im US-Staat Maryland, eine Anlage der amerikanischen Armee. Dort wird offiziell an der Erforschung medizinischer Gegenmittel zur biologischen Kriegsführung gearbeitet. Den Militärs liegt natürlich besonders viel an Krankheitserregern, denen die Menschen hilflos ausgeliefert sind.

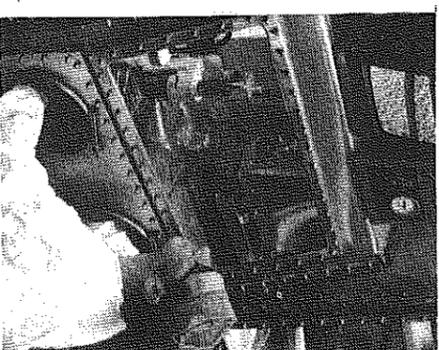
Gängige Praxis ist nun, daß man die Krankheitskeime an freiwilligen Strafgefangenen, meist lebenslangänglich Verurteilte, ausprobiert. Da man bei AIDS - nach einer anfänglichen Angeschlagenheit - jahrelang sichtbar gesund ist, wurden diese Leute freigelassen in der Annahme, daß das Virus den Menschen nicht angreift. Viele von ihnen wanderten nach New York, lebten in der Homosexuellen-Szene, wo ja auch 1979 die ersten Krankheitsfälle registriert wurden.

Diese Theorie, hier nur kurz dargestellt, scheint sehr schlüssig zu sein, und es gibt bislang keine andere wissenschaftlich vertretbare These über die Entstehung von AIDS. Unbezahlbar ist, daß in Ost und West an tödlichen Viren geforscht

wird und daß die Möglichkeit immer besteht, daß eines ungewollt aus dem Labor entweicht.

Biologische Waffen

Es gibt seit 1972 unter den Großmächten eine Konvention über biologische Waffen, nach der die Entwicklung, Herstellung und Einlagerung derselben verboten ist. Wie leicht solche Vereinbarungen zum Gespött werden, sieht man daran, daß z.B. die Entwicklung neuer Arten von Stechmücken erlaubt ist, die



Gen-Manipulationen zur biologischen Kriegsführung eröffnen schreckliche Dimensionen.

tödliche Krankheiten übertragen können, solange nur die Männchen benutzt werden, die nicht stechen und somit nicht als Angriffswaffe gelten können!

In den letzten zehn Jahren kam nun noch die Gentechnologie als Hilfsmittel hinzu, die völlig neue Dimensionen eröffnet - schreckliche Dimensionen, wenn sie in der Hand der Militärs ist. Diese Leute haben großes Interesse an einem Virus ähnlich dem AIDS-Virus, das das Immunsystem des Menschen angreift und damit eine große Zerstörungskraft hätte. Solche Forschung kann offiziell natürlich immer durch Verteidigungszwecke gerechtfertigt werden.

Auch wenn die genannten Behauptungen über die Entstehung von AIDS nicht zutreffend wären: Die Verbreitung des Virus gibt eine Vorstellung davon, daß ein Krieg mit biologischen Waffen genauso fürchterlich werden könnte, wie der

nach Angaben der Welgesundheitsorganisation WHO weltweit über 49.000 AIDS-Kranke registriert, wobei sich die Zahlen alle 12 Monate verdoppeln. Allein in der Bundesrepublik sind nach Schätzungen 30.000-100.000 Menschen mit AIDS infiziert. Nicht alle Infizierten erkranken auch, aber bei fast 75% tauchen früher oder später auch die Symptome auf.

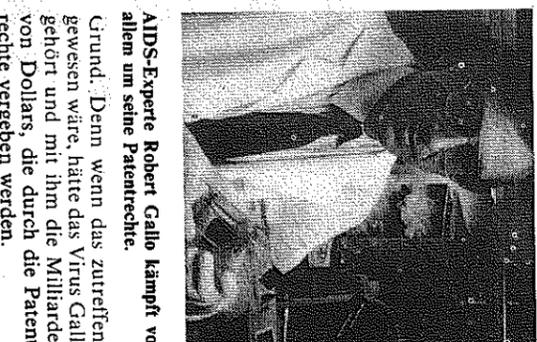
Sittenwächter

Solange das Virus nur unter Homosexuellen und Fixern-späte Ausbreitung fand, kümmerte man sich von offizieller Seite noch nicht viel darum. Erst als die Krankheit sich in der gesamten Bevölkerung zeigte, konnte das Problem nicht länger ignoriert werden. Von Seiten der Kirche tritt man nun mit erheblichem Zeigefinger für ethische Trübsinnigkeit in der Ordnung und katholische Moralie im Kampf gegen AIDS auf. Bundesgesundheitsministerin Süßmuth macht Werbung für die Kontrahierung, während ihre Parteibrüder in Bayern zu härteren Maßnahmen greifen. Strafgefängnisse, Untersuchungsabteilungen und Bewerber für den Staatsdienst werden zwangsgesetzlich AIDS-krankte Ausländer erhalten keine Aufenthaltsgenehmigung mehr, infizierte Prostituierte erhalten Berufsverbot, und ein Melderegister wird eingeführt. Hier müssen Minderheiten ein „Uebel ausbaden“, das wahrscheinlich von Militärs in die Welt gesetzt worden ist.

Ein Wirkstoff, der das Virus zerstört, wurde bisher noch nicht gefunden. Es gibt nur Medikamente, die dessen Vermehrung hemmen und so das Leben der Kranken etwas verlängern, z.B. das AZT, das aber noch enorme Nebenwirkungen hat. Die Verbreitung von AIDS bringt übrigens nicht jedem Unglück: Die Aktienkurse zweier amerikanischer Pharma-Riesen, die mit AZT handeln, schossen so schnell in die Höhe wie die Zahl der AIDS-Kranken wuchs.

Profitinteressen behindern Forschung

Wir dürfen jedoch nicht länger zulassen, daß die Forschung nach einem Gegenmittel profitorientierten Monopolen überlassen wird! Was jetzt nötig ist, ist ein enormes Forschungsprogramm, das nicht durch



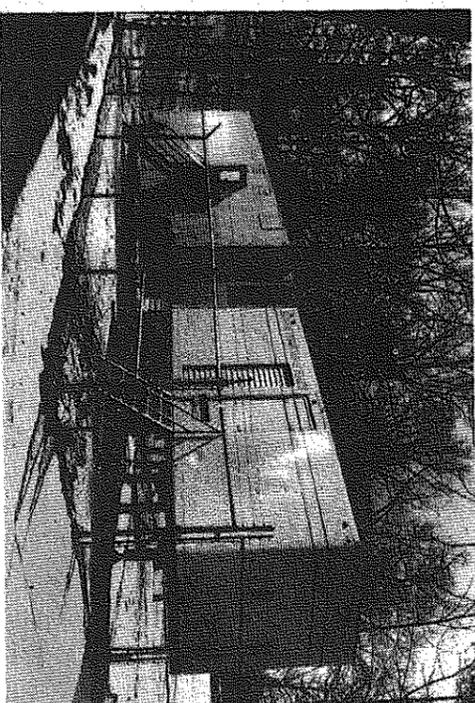
AIDS-Experte Robert Gallo kämpft vor allem um seine Patentrechte.

Grund: Denn wenn das zutreffend gewesen wäre, hätte das Virus Gallo gehört und mit ihm die Milliarden von Dollars, die durch die Patentrechte vergeben werden.

Vergesellschaftung der Pharmaindustrie

Hier zeigt sich: Auch die Wissenschaft muß demokratisch von unten nach oben kontrolliert werden, damit nicht mehr private Profitinteressen über das Allgemeininteresse siegen können. Wenn nur ein Teil des Geldes, das bisher sinnlos in die Richtung gesteckt wird, wenn alle Wissenschaftler, die bis zur Stunde an Vergiftungswaffen forschen, im Kampf gegen AIDS eingesetzt würden, wäre die Möglichkeit sehr groß, daß bald entsprechende Medikamente oder ein Impfstoff gefunden würden.

Durch die Entgegnung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf gesellschaftlich nützliche Produktion unter demokratischer Arbeiterkontrolle muß verhindert werden, daß weder neue biologische noch sonstige Waffen weiterhin entstehen, die zwar für einige Unternehmerr-Profit bringen, aber der ganzen Menschheit nur Schaden zufügen. Mechthild Stark, Göttingen



Kämpfe für eine Sozialist

In den letzten zwei Jahren gab es Schüler- und Studentenstreiks in ganz Europa: in Schweden, Dänemark, Belgien, Großbritannien, Irland, Italien, Griechenland - die größten Bewegungen in Frankreich (1,5 Mio.) und Spanien (3 Mio.). Die gemeinsame Ursache für die Proteste ist die Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Sie ist nicht mehr in der Lage, einen Arbeitsplatz und angemessenen Lebensstandard für alle zu garantieren. Stattdessen stehen Massenarbeitslosigkeit (in Europa offiziell 11 Mio.) und Sozialabbau auf der Tagesordnung.

Die Wirtschaftskrise reißt auch große Löcher in die öffentlichen Haushalte. Folge: Überall wird gekürzt. Im sozialen Bereich, im Gesundheitswesen, im Wohnungsbau - und eben auch im Bildungswesen.

Bildung ist im Kapitalismus dazu da, entsprechend den Bedürfnissen der Wirtschaft (d.h. der Unternehmer) ausgebildete junge Leute zu produzieren. Das hieß Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre für die BRD: Die Wirtschaft brauchte im Aufschwung eine größere Schaar gut ausgebildeter Arbeiter, um international konkurrenzfähig zu bleiben. Also brach die Zeit der großen Bildungsreformen an - unter sozialistischer Führung, aber durchaus im Interesse des Kapitals. Arbeiterkinder sollten verstärkt auf Gymnasien und Unis, Zwergschulen wurden geschlossen. Das „Bildungspotential“ der Bevölkerung sollte erschlossen werden. Ausbildungsförderung (Bafög) und Gesamtschulen, mehr Durchlässigkeit zwischen den Schultypen wurden eingeführt, der Neubau von Schulen und Hochschulen verstärkte.

Bildung im Interesse des Kapitalismus seit Einbruch der weltwirtschaftlichen Krise 74/75 bedeutete aber: Immer weniger, dafür sehr qualifizierte Arbeitskräfte werden benötigt - gegenüber einer Masse weniger oder unqualifizierter Arbeiter, die dank neuer Technologie nur wenige Handgriffe beherrschen müssen bzw. als arbeitslosere Reservearmee dienen sollen.

te, möglichst unkritische, disziplinierte, gut gedrillte Schüler, die sich später möglichst reibungslos in den hierarchischen Arbeitsprozeß einfügen lassen. Dementsprechend sind die Bildungsinhalte, dazu vor allem dient die Notengebung. Vor diesem Hintergrund ist auch das „Abi-Deform“-Papier der CDU-Kultusminister zu verstehen, dessen Umsetzung ein weiterer Schritt in Richtung Elitebildung bedeuten würde.

Bürgerliche Ideologie

Natürlich braucht man eine gewisse wissenschaftliche Intelligenz, also wird kritisches und selbständiges Denken besonders in diese Richtung gefördert - spricht: gymnasiale Ausbildung mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt. Damit selbständiges Denken aber keine „verhängnisvollen“ Auswirkungen im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich hat, wird den Schülern dort eine bürgerlich-liberale, kritische Haltung gegen alles und jedes eingebracht; gleichmaßen Ablehnung von „zu Rechtem“ und „zu Linkem“, eine „über den Dingen“ stehende Haltung, die zu nichts verpflichtet. Der Klassencharakter unserer Gesellschaft wird systematisch verschleiert; oberflächliche Erscheinungen werden betrachtet, nach sozialen, materiellen Ursachen wird selten geforscht. (Beispiele:

le: Theorie von der „nivellierten Mittelschichtsgesellschaft“, tendenzielle Überschätzung der Rolle einzelner Personen in der Geschichte, „Weimar ist an Links- und Rechtsextremen zugrunde gegangen“, u.ä.)

Die herrschenden Ideen sind immer die Ideen der Herrschenden“ (Marx). Wer sich nicht bewußt mit der bürgerlichen Ideologie, die an unseren Schulvermitteln wird, auseinandersetzt, wird sie unbewußt übernehmen - auch und gerade, wenn er sich „ideologiefrei“ dünkt.

Politischer Kampf

Dieser Gesamtzusammenhang zwischen Kapitalismus und Bildung muß immer wieder erklärt werden, um eine möglichst große Bewegung der Schüler und breite Unterstützung der Bevölkerung zu erhalten.

Besonders das Beispiel des erfolgreichen spanischen Schülerstreiks macht deutlich:

- die gemeinsamen Ursachen von Arbeitslosigkeit und Bildungsabbau müssen erklärt werden, dann unterstützen auch Arbeiter und Gewerkschaften den Kampf der Schüler;
- die Bewegung muß möglichst verallgemeinert werden und auch andere von Kürzungen Betroffene einbeziehen (z.B. Studenten);
- die Bewegung darf nicht bei reinen Abwehrforderungen („Weg mit...“) stehenbleiben, sondern muß auch positive Ziele formulieren (z.B. volle Ausbildungsförderung, dies hat mobilisierende Wirkung);
- die Bewegung darf sich nicht als „unpolitisch“ verstehen, sondern muß politische Angriffe auch politisch zurück schlagen und sich zur Unterstützung vor allem an die Basis der Arbeiterorganisationen wenden.

Auch in Frankreich, wo einige Schüler in der Führung der Bewegung wert auf ihre parteipolitische Neutralität legten, wurde die Verschärfung der Studienbedingungen letztlich deshalb verhindert, weil die größte Gewerk-

schaft CGT mit einem Generalstreik gedroht hatte und das „Gespenst“ des Mai 68 vor der Tür stand.

Demokratisches Bildungswesen

Die Frage nach den positiven Zielen einer breiten Protestbewegung stellt auch die Frage nach der Schule der Zukunft. Sicher würden viele zustimmen, daß die Schule das Grundwissen unserer Zeit vermitteln, die freie Entfaltung der Persönlichkeit ermöglichen, demokratische Entscheidungsprozesse einüben, zur Vorbereitung auf eine berufliche Tätigkeit nach individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen dienen soll. Aber ist eine solche Schule zu erreichen in einer kapitalistischen Umwelt, die ganz andere Erfordernisse an die Schulabgänger stellt?

Nein, eine demokratische, sozialistische Schule als Insel im Kapitalismus ist undenkbar. Solange die Wirtschaft von wenigen kontrolliert wird, haben die Herrschenden immer wieder die Möglichkeit, auf das Bildungswesen in ihrem Sinn einzuwirken. Sei es über ihren direkten Einfluß auf die berufli-

che Bildung, über Lehrstellen- und Arbeitsplatzmangel, was Folgen in der Schule hat oder über ihre politische Macht als Folge ihrer wirtschaftlichen Macht (Einfluß auf Gesetzgebung staatliches Handeln); ganz zu schenken von den fehlenden Finanzen Lehrerinstellung, Lernmittelfreiheit, Ganztagschulen, kleinere Klassen, kostenloser Schülertransport in öffentlichen Verkehrsmitteln usw., andere Schwerpunkte gelegt werden Rüstung, Umverteilung zugunsten Reichen usw. ...

Das bedeutet nicht, daß man gegen die Macht der Herrschenden nichts machen und sich mit der Bildungsmisabfinden muß. Natürlich muß Kampf gegen weitere Verschlechterungen im Bildungswesen und für politische Reformen geführt werden. Es bedeutet aber, daß dieser Kampf politisch, gegen die kapitalistische Interessen geführt werden muß, wenn erfolgreich sein will. Der Kampf für demokratisches Bildungswesen ist verknüpft mit dem Kampf für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Was wir von der spanischen Schülerbewegung lernen können

Die Rundreise begann im Rhein-Main-Gebiet. Auf vier Veranstaltungen fanden vor allem Diskussionen mit deutschen Schülern statt, die sich gegen die geplante Abi-Deform wehren wollen.

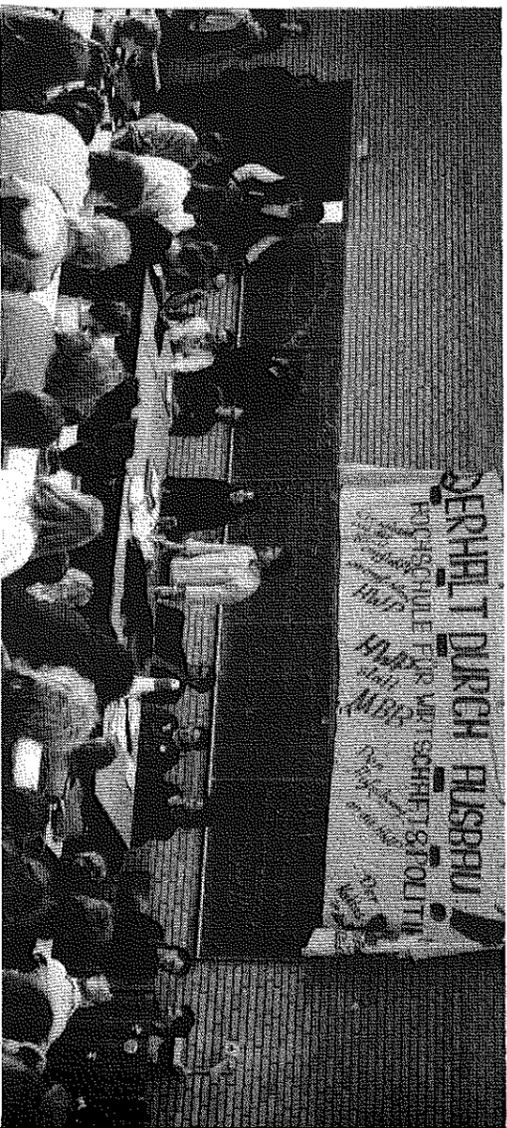
Wie kämpften die spanischen Schüler?

Soledad legte in ihren Referaten besonderen Wert darauf, daß die SE die Schüler auf der Grundlage eines offenen Programms, das sich besonders auf die Arbeiterklasse orientierte, mobilisierte: Bafög bzw. kein Schulgeld, Null-Tarif bei öffentlichen Verkehrsmitteln für Bafög-Empfänger, Verbesserungen für Berufsschüler u.v.m. Die SE hat sich weiter von Anfang an auf die organisierte Arbeiterbewegung orientiert. Sie wandte sich wegen Unterstützung an Belegschaften vieler Betriebe, suchte Unterstützung bei den großen Gewerkschaftsverbänden UGT und CCOO. Und damit hatten wir Erfolg. Letztendlich hat diese Orientierung unseren Sieg gesichert.“

Soledad erklärte, daß große Kämpfe nicht gleichzusetzen sind mit Verschieß und Vertetzung in den Aktionen. Es ist gerade wichtig, alle, die in Bewegung gekommen sind, auf einen Punkt hin zu mobilisieren. Bei uns hieß dieses Mobilisierung auf fünf Generalstreiks bei immer größerer Beteiligung und als Höhepunkt unser Marsch auf



Soledad Ruanos, Vorstandmitglied der spanischen Schülergewerkschaft.



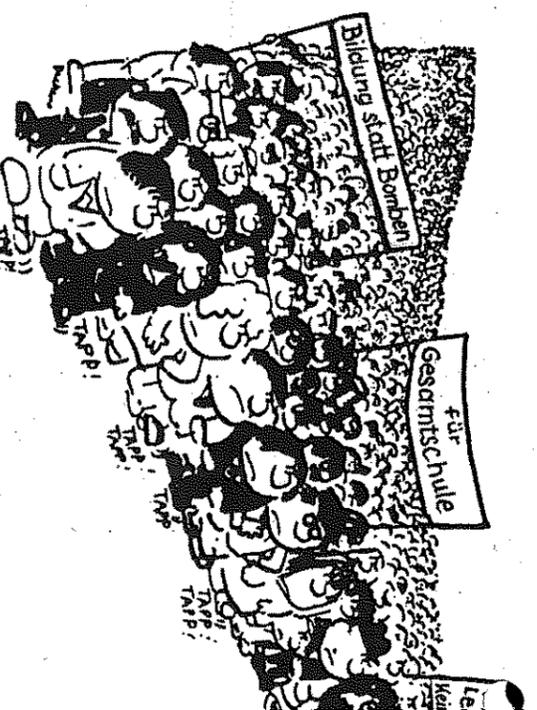
Großes Interesse bei deutschen Schülern

Anwesende Schüler zogen immer wieder den Vergleich zur Bundesrepublik. Sie wollen jetzt versuchen, die deutschen Schülervertretungen vor allem auch auf die Methoden des Kampfes hinzuweisen. Viele der Anwesenden zeigten weiteres Interesse an Juso-Arbeit und wollten demnächst auch Juso-Versammlungen besuchen, um gemeinsam das weitere Vorgehen gegen die Abi-Deform zu besprechen.

Auch in Nordrhein-Westfalen waren die Veranstaltungen sehr erfolgreich. Soledad sprach auf Veranstaltungen von Bezirks Schülervertretungen von Juso-Schülergruppen und auf VORAN-Lesertreffen. Zu der Veranstaltung der Juso-Schülergruppe Aachen kamen auch spanische Schüler, die hier in der BRD das spanische Abitur machen und von den Kürzungen der Gonzalez-Regierung ebenfalls betroffen sind. Sie wollen mit der Schülergruppe in Kontakt bleiben. Veranstaltungen fanden bis dahin

Streik der Studenten in Göttingen

Beim letzten Teil der Tour (Kassel, Göttingen, Hamburg) ragten vor allem die 2 Tage in Göttingen heraus. In diesen Tagen streikte die Studentenschaft aktiv gegen die Pläne der Albrecht-Kommision, bei Überschreiten der diensthöchstdauer Gebühren von DM 10 pro Semester zu bezahlen. Proteste gegen den Sparabbau der Landesregierung. Die Streikfront an der Göttinger Universität sieht am besten von allen niederrhein-



statt in einer Gesamtschule in (Veranstalter: SVs und VORAN Mönchengladbach (Veranstalter: zirkusschülervertretung). Auch in K sprach Soledad auf einer Veranstaltung der Bezirks Schülervertretung AN-Lesertreffen.

Schne Bildungspolitik



Gegen Elitenbildung - für Chancengleichheit

Das hohe Ziel der „Chancengleichheit“ im Bildungswesen ist der gezielten Kahlischlagpolitik der CDU/CSU-Regierung gewichen und erreichte jetzt mit der geplanten Abi-Deform einen neuen Höhepunkt. Schon im ersten Jahr ihrer Regierung ging das bürgerliche Kabinett daran, den ersten Schlag auszuführen: Die Streichung des Schülerbefähigung sowie die Umwandlung des Studienamts in Darlehen.

Streichkonzert“ betroffen, das hat in Einzelfällen eine Einnahmeverminderung von 30% zur Folge. Durch die Streichung des Schülerbefähigung wurden über 400 Mio. DM gespart. Für Rüstung wurden 1986 75 Mrd. DM (75.000.000.000) ausgegeben.

Den Beginn zur Ausbildung einer Masse Teilqualifizierter haben wir auch schon: Allein 1985 wurden 398.100 Jugendliche in teilqualifizierenden Maßnahmen ausgebildet. So erklärt sich auch eines der Hauptziele der Abi-Deform, nämlich den mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich anzukurbeln.

Schulstreiks sollen aktiv und in Verbindung mit öffentlichen Aktionen geführt werden. Davon spricht heute niemand mehr. Bildungsinhalte, Ausbildungsbedingungen und Bildungseinrichtungen orientieren sich nicht an den Bedürfnissen und Interessen der lernenden Jugend und der arbeitenden Bevölkerung.

Das erfahren wir als Betroffene tagtäglich am eigenen Leibe. Aufgabe der SPD - insbesondere der Jungsozialisten - sollte es sein, für folgende Forderungen zu kämpfen und ihre Durchsetzung in SPD-regierten Ländern zu erreichen:



Seit Jahren bejammern die Rechten die sogenannte Krise im bundesdeutschen Bildungswesen, das schlechte Bildungsniveau der Schüler, besonders die „Studierfähigkeit“ der Abiturienten. Diese Bildungsmisere, die unterstelle Verweigerungshaltung der Jugend wird von ihnen sogar als Erklärung der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen herangezogen. Die 241.000 Jugendlichen, die keine Ausbildungsstellen gefunden haben, sind also selber schuld!

In allen Bundesländern haben die Regierungen zum Angriff auf das Bildungswesen geblasen. Einstmals mühsam erkämpfte Fortschritte werden Stück für Stück wieder abgebaut. Die Bildungsreform, früher das Prunkstück des SPD-Programms der „großen inneren Reformen“ ist nie wirklich angepackt worden. Ein Kernstück der Reformpläne war die Aufhebung der Trennung zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung (Duales Schulsystem).

Weg mit der Abi-Deform. Für eine grundlegende Bildungsreform im Interesse der Arbeit Jugend keine Kürzungen, sondern eine massive Erhöhung der Bildungsausgaben. Sofortige Einstellung aller ausgebildeten Lehrer. Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 Schüler. Für eine bessere materielle und technische Ausstattung der Schulen. Volle Lernmittelfreiheit im gesamten Bildungswesen. Angemessene Ausbildungsförderung von 1.000,- DM netto ohne Darlehensanteil für alle Studenten und Schüler nach den Pflichtschuljahren. Kostenloser Schillertariff im öffentlichen Verkehrsmittel. Berufspraktika zu Tariflohn und mit vollen gewerkschaftlichen Rechten. Für die integrierte Gesamtschule als Regelschule. Keine Trennung zwischen beruflich- und allgemeinbildenden Schulen. Berufsausbildung raus aus Unternehmerhand. Für überbetriebliche Ausbildungsstätten unter demokratischer Kontrolle von Gewerkschaften, Auszubildenden und Staat, finanziert durch eine Berufsausbildungsabgabe der Unternehmer.

Erstellung von zentralen Informationsmaterial und Zusammenfassung der Forderungen der Basis, Herausgabe von Kampagnenmaterial (Buttons, Aufkleber, Poster). Kampf für die Anerkennung der Bundes-SV und für finanzielle Mittel. Organisierung von landesweiten Streiktagen durch die Landes-SVen, Forderung nach direkten Verhandlungen mit den Kultusministern. Vorstöße der Bundes-SV zum Wiederaufbau von Landes-SVen in Baden-Württemberg und Bayern, direkte Kontaktaufnahme zu dortigen Schulen oder Schülerinitiativen. Organisation einer zentralen Demonstration, Belagerung der Hauptstadt oder der Stadt, wo HKMK stattfindet zur Zusammenfassung aller regionalen Kämpfe.

sochen Städten. Soledads Grubwort vor 300 Studenten auf einer Vollversammlung wurde mit großem Applaus aufgenommen. Viele Studenten sagten, daß gerade die Erfolge der spanischen Schülerbewegung ihnen den Antrieb zum Kämpfen hier gegeben haben.

Bildung im Kapitalismus heißt nicht, jedem die für ihn beste Ausbildung zu garantieren. Wie die CDU/CSU so richtig bemerkt (Zitat aus Schwarzbuch Bildung): „Die berufliche Bildung hat einen wichtigen Beitrag zu leisten, um die Wirtschaft wett-

regelmäßige Pausen- bzw. Vollversammlungen an der Schule, notfalls auch ohne Zustimmung der Schulleitung oder außerhalb der Schule - regelmäßige volle Berichterstattung über den Stand der Auseinandersetzungen und Diskussion der nächsten Schritte

umfassende Information aller Schüler über die Abi-Deform, über Ursachen, Zusammenhänge und Folgen; Diskussion und Erarbeitung von Forderungen

Erstellung von zentralen Informationsmaterial und Zusammenfassung der Forderungen der Basis, Herausgabe von Kampagnenmaterial (Buttons, Aufkleber, Poster). Kampf für die Anerkennung der Bundes-SV und für finanzielle Mittel. Organisierung von landesweiten Streiktagen durch die Landes-SVen, Forderung nach direkten Verhandlungen mit den Kultusministern. Vorstöße der Bundes-SV zum Wiederaufbau von Landes-SVen in Baden-Württemberg und Bayern, direkte Kontaktaufnahme zu dortigen Schulen oder Schülerinitiativen. Organisation einer zentralen Demonstration, Belagerung der Hauptstadt oder der Stadt, wo HKMK stattfindet zur Zusammenfassung aller regionalen Kämpfe.

Bei der Veranstaltung der Göttinger Jusos ging die Diskussion vor allem darum, wie der Protest weiter organisiert und vor allem ausgeweitet werden sollte. Hier zeigte sich, daß Studentenvertreter, die schon seit vielen Jahren Uni-Arbeit machen, oft pessimistisch auftreten, kein Vertrauen in ihre Mitschüler haben und es deshalb nicht wagen, Kämpfe auszuweiten. Gerade jüngere Jusos waren es, die auch versuchten, Lehren aus Soledads Ausführungen zu ziehen.

Schon zu Beginn der Schüleraktionen haben wir uns von der SV aus an die Kollegen des nächstgelegenen Großbetriebes, Linde, gewandt. Wir sind einfach zum Betriebsrat marschiert und haben über unserer Kampf berichtet. Die Kollegen waren sofort zur aktiven Solidarität bereit.

Wahl eines Aktionskomitees durch die Vollversammlung zur Unterstützung der SV, die rechtlich stärker eingeschänkt ist, und zur Ausweitung der Zahl verantwortlich mitarbeitender Aktiver

zentrale Koordination der Aufklärungskampagne durch die SV auf Stadt-/Kreisreise, weil einzelne SVen an Schulen oft überfordert sind, z.B. Erstellung eines zentralen Massenflugblatts mit grundlegenden Informationen und Forderungen für alle Schulen und für die Öffentlichkeit

Kampf für die Anerkennung der Bundes-SV und für finanzielle Mittel. Organisierung von landesweiten Streiktagen durch die Landes-SVen, Forderung nach direkten Verhandlungen mit den Kultusministern. Vorstöße der Bundes-SV zum Wiederaufbau von Landes-SVen in Baden-Württemberg und Bayern, direkte Kontaktaufnahme zu dortigen Schulen oder Schülerinitiativen. Organisation einer zentralen Demonstration, Belagerung der Hauptstadt oder der Stadt, wo HKMK stattfindet zur Zusammenfassung aller regionalen Kämpfe.

Auf der Tour wurden auch Solidaritätsspenden für die SE gesammelt. Die vorläufig besten Ergebnisse: Kronenberg bei Frankfurt: 240 DM, Aachen: 290 DM, VORAN-LeserInnen Köln: 265 DM, Göttingen: 280 DM. Besonders hervorzuheben ist, daß Hamburger VORAN-Unterstützer auf einem Leertreffen und während einer Hochschulsitzung, wo Soledad auch sprach, insgesamt 500 DM sammeln konnte. Insgesamt 500 DM demnächst. Diese Ergebnisse zeigen die Ernsthaftigkeit der Jugendlichen, zu

Als es im Mai in ganz NRW Wamstreiks im Rahmen der Metall-Tarifrunde gab, waren auch die Betriebe Linde und Atlas Copco dabei. Eine Mitschülerin und ich hielten dort vor den 900 streikenden Arbeitern ein Grubwort, das mit viel Beifall bedacht wurde. Eine Kollegin nahm Flugblätter mit, die sie im Betrieb verteilen wollte. Der Betriebsrat von Linde setzte mit mir ein Schreiben an die IGM Verwaltungsstelle Köln auf, mit der Bitte um eine Spende für den kommenden Schülerstreik. Ich wurde auch zu den nächsten Vertrauensleitzungen von Linde und Atlas Copco eingeladen, um dort ausführlicher vom Kampf der Schüler zu berichten und Geld für Flugblätter zu sammeln.

Einbeziehung der Elternpflegschaften und der Lehrer in den Kampf, soweit möglich

Einbeziehung der Elternpflegschaften und der Lehrer in den Kampf, soweit möglich

Einbeziehung der Elternpflegschaften und der Lehrer in den Kampf, soweit möglich

Schüler und Arbeiter kämpfen Hand in Hand

Strategievorschlage zur Weiterführung eines breiten, demokratisch organisierten Kampfes für Bildungsreform statt Abi-Deform

Frank Habermann, stellv. Schulerfrank Habermann, stellv. Schulerfrank Habermann, stellv. Schuler

Frank Habermann, stellv. Schulerfrank Habermann, stellv. Schulerfrank Habermann, stellv. Schuler

Frank Habermann, stellv. Schulerfrank Habermann, stellv. Schulerfrank Habermann, stellv. Schuler

Frank Habermann, stellv. Schulerfrank Habermann, stellv. Schulerfrank Habermann, stellv. Schuler

Frank Habermann, stellv. Schulerfrank Habermann, stellv. Schulerfrank Habermann, stellv. Schuler

Diese Seiten wurden zusammengestellt von Frank Habermann, Frank Kirsch und Bruno Hof, Köhn, Jungsozialisten.

Interview zur aktuellen Lage in Spanien

Für einen 24-stündigen Generalsstreik

Soledad ist 18 Jahre alt, wohnt in Madrid und war im vergangenen Winter führend im Schulstreik tätig. Für die Redaktion VORAN hat H.-G. Öfninger sie vor ihrer Weiterreise nach Schweden interviewt.

Wie stellt ihr jetzt sicher, daß nach euren erfolgreichen Kampf die Bewegung nicht wieder im Sande verläuft?
Wir versuchen in allen Schulen Diskussionsveranstaltungen und Mitgliederwerbekampagnen zu organisieren. Die Diskussion über weitere Forderungen an die Bildungspolitik läuft weiter. Bei allen Arbeiterdemonstrationen sind wir mit unseren eigenen Spruchbändern dabei. Unser erster ordentlicher spanischer Delegiertenkongreß hat klare Beschlüsse zur Bildungspolitik gefaßt. *Woin siehst du den Unterschied*

zwischen der Bewegung in Spanien und der in Frankreich?

In Frankreich konzentrierte sich die Bewegung darauf, ein einziges reaktionäres Hochschulgesetz zu Fall zu bringen. In Spanien führten wir den Kampf mit einer Reihe von akuten Forderungen für eine andere Bildungs- und Wirtschaftspolitik. Unser Programm war deshalb in der ganzen Arbeiterklasse verankert. Wir reden nicht nur von sozialistischer Revolution, sondern wir sind auch schon vorher fähig, mit revolutionären Mitteln im Interesse von Arbeitern und Jugendlichen zu kämpfen.

Inwiefern betrachtet ihr euren Kampf als Vorbild für die ganze Arbeiterbewegung?

Wir konnten siegen, weil wir geschlossen und koordiniert kämpften. Wir schlugen den Arbeitern einen gemeinsamen landesweiten 24-stündigen Generalsstreik vor, was in den Betrieben ein großes Echo fand. Doch die Führer der großen Gewerkschaftsverbände sind leider nicht bereit, einen einheitlichen Generalsstreik auszurufen. Darum laufen die meisten betrieblichen Mobilisierungen immer noch zu sehr verteilt und unkoordiniert. So kann man sich nicht durchsetzen.

Wie ist denn der Stand der Streikbewegungen?

Die Kämpfe in Reinoso um die 500 betroffenen Arbeitsplätze dauern jetzt schon fast 3 Monate an. Vor wenigen Wochen hat die Zivilgarde (kasernierte Elitepolizei) einen Arbeiter in den Tod getrieben: Sie ging mit Tränengas gegen die Bevölkerung vor, verfolgte die flüchtenden Arbeiter in die Häuser und Gebäude und wart in einer Garage noch ein-



Das 13.000 Einwohner zählende Städtchen Reinoso in der spanischen Provinz Santander. Seit 3 Monaten Barrikadenkämpfe und Straßenschlachten gegen die Polizei

mal frisches Tränengas, das laut offiziellern Etikett nur im Freien eingesetzt werden darf. Der Kollege starb an den Folgen - die Lunge war regelrecht zerfressen.

Die Bevölkerung von Reinoso bringt weiterhin viel Energie auf. Wiederholt sind jetzt Barrikaden auf Straßen und der Eisenbahnlinie gebaut worden. Der Vorsitzende der SE, Juan Ignacio Ramos, hat Reinoso schon zweimal besucht und ist dabei stürmisch gefeiert worden. Doch leider haben die Gewerkschaftsführer auf gesamtspanischer Ebene bis auf eine landesweite

Schweigeminute nichts zustande gebracht, um wirkungsvoll gegen die Ermordung zu protestieren.

Ähnliche Konfrontationen zwischen Arbeitern und Polizei gibt es auch an anderen Ende Spaniens, in Puerto Real (Cadix), wo eine Schiffs haben auch die Frauen und die Auszubildenden Solidaritätskomitees gebildet, um den Kampf zu unterstützen. Im Steinkohle- und Anthrazitbergbau gehen die Kämpfe weiter, in der Provinz Santander hat ein Unruhenstreik begonnen. Im Jagdlinte angeschossen und verletzt. Landesweit streikten auch die Kollegen in den Krankenhäusern - gegen schlechte Löhne, Arbeitsbedingungen und eine miserable Qualität des Gesundheitswesens.

Wie soll es mit den Gewerkschaften weitergehen?

Über die Forderung nach einem 24-stündigen landesweiten Generalsstreik hinaus beginnen die Marxisten um die Zeitung Nuevo Claridad *weitergehen?*
In Liverpool setzte sich die Durchführung jahrelang mehrheitlich aus Unterstützern der marxistischen Wochenzeitung MILLITANT zusammen, die einen hervorragenden Kampf gegen die Kürzungen der Thatcher-Regierung und für soziale Reformen (z.B. Wohnungsbau, Bau von Kindergärten, Neueinstellungen im öffentlichen Dienst, Schaffung von Lehrstellen) durchführte. Diese Arbeit wurde durch das Einschreiten der nationalen Parteiführung um Neil Kinnock gestoppt. Die Liverpooler Partei wurde suspendiert, eine Reihe führender Genossen ausgeschlossen - im Gleichschritt mit den bürgerlichen Gerichten, die einigen ihr Ratsmandat entzogen und sie mit hohen Geldstrafen belegte. Gleichzeitig versuchte die Parteiführung Labourrechte wieder in Amt und Positionen zu hieven.

Der Kommunalwahlkampf in Liverpool wurde von den bürgerlichen Parteien, den Medien und leider auch seitens der Labourrechtler ganz im Zeichen des Kampfes gegen MILLITANT geführt. Dennoch war Liverpool die einzige Stadt in Großbritannien, in der Labour deutliche Stimmengewinne bei den Gemeindevahlen zu verzeichnen hatte!

In den Liverpooler Gemeindevahlkreisen Anfield und St. Mary's standen - wie in anderen Wahlkreisen auch - mehrere Labour-Kandidaten zur Wahl. (Nach dem britischen Kommunalwahl-System



Internationale Notizen

Brasilien

Nach einer Streikwelle bei den Banken im April, an der sich 500.000 Angestellte beteiligten, verfligte die konservative Regierung ein Streikverbot und wies die staatliche Bank von Brasilien an, täglich 100 Streikende zu entlassen. Bei einer darauf folgenden Protestkundgebung der Bankangestellten kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, die mit Tränengas und Hundengas gegen die Menge vorging. 30 Menschen wurden verletzt.

Libanon

Im zersplitterten Libanon ist die Arbeiterklasse die einzige Kraft, die über religiöse Spaltungen hinweg einen einheitlichen Kampf zustandebriegt. Ende April rief der Gewerkschaftsicherband CGTL zu einem mehrtägigen Generalstreik auf, der landesweit befolgt wurde. Vor dem Hintergrund einer Inflationsrate von 260% einer verfügbaren Begrenzung der Lohnerhöhung auf 40% (aber einer Dätenerhöhung libanesischer Regierungspolitiker von 100%) streikten die Arbeiter gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihren Rücken und die Untätigkeit der Politiker.

Türkei

Auch in der Türkei kam es im April zu Studententopfeuten gegen einen Gesetzesentwurf der Regierung, nach dem die Gründung von Studentenverbänden von der vorherigen Zustimmung des Universitätsrates abhängig gemacht werden sollte. 3000 Studenten demonstrierten in Istanbul und anderen Städten dagegen. Ein Stenmarsch auf Ankara wurde durch massiven Einsatz der Militärs verhindert, die die Demonstrationen in über 10 Städten einkesselten und am Abmarsch hinderten. Dennoch mußte die Regierung nachgeben und zog den Gesetzesentwurf inzwischen zurück.

Genf

Nach Angaben des Internationalen Arbeitsamtes in Genf gab es 1985 in 40 Ländern etwa 14.000 registrierte Streiks mit über 11 Mio. Teilnehmern.

Südafrika

Todeskommandos gegen Gewerkschaftsaktivisten

Die Kämpfe in Südafrika zwischen der Arbeiterklasse und dem weißen Apartheitsregime erreichten im Mai einen neuen Höhepunkt: Der größte Gewerkschaftsdachverband COSATU (700.000 Mitglieder) rief aus Protest gegen die Wahlen der 3 Millionen Weißen zu einem zweitägigen Generalsstreik auf. Trotz Ausnahmezustand und massiver Behinderungen (Verhaftungen, polizeiliche Stürmung des Gewerkschaftshauptquartiers) war der Streik ein voller Erfolg. Auch der vor kurzem gegründete südafrikanische Jugendkongreß (SAYCO) ist ein großer Schritt nach vorn, weil in dieser ersten nationalen Jugendorganisation Studenten, junge Arbeiter und Arbeitslose organisiert und auf den Gewerkschaftsverband orientiert werden.

Angesichts der wachsenden Stärke und des zunehmenden Organisationsgrades der südafrikanischen Arbeiterklasse und Jugend versucht die herrschende Klasse zunehmend, Spalterorganisationen und „gelbe“ Gewerkschaften zu unterstützen. Der Zulu-Häuptling Buthelezi mit seiner militanten Inkatha-Organisation und Streikbrecher-Gewerkschaft UFWUSA ist ein dankbarer

Handlanger der weißen Kapitalisten. INKATHA-Todeschwadronen organisiert systematische Mordüberfälle und haben schon eine Reihe schwarzer Aktivisten auf dem Gewissen. Kürzlich wurde der Gewerkschaftsaktivist und Anhänger der marxistischen Arbeiter-Tendenz des ANC, Ivin Malaza, hintertrieben von einem solchen Todeskommando ermordet.

Die Redaktion VORAN hat folgenden Aufruf von der marxistischen Arbeiterdemos erhalten: „Ivin Malaza kämpfte in unerschütterlicher Aufopferung für ein sozialistisches Südafrika. Die Arbeit, die er begonnen hat, wird von seinen Genossen fortgeführt. Wir werden ihn nie vergessen und niemals die Sache aufgeben, für die er gestorben ist. Als Tribut an den ermordeten Genossen wurde ein Gedächtnis-Fonds gegründet. Eingehende Spenden werden zur Fortsetzung seiner Arbeit und zur Unterstützung seiner Witwe und Kinder verwendet.“

Die Redaktion VORAN ruft alle Leser zu Spenden für diesen Fonds auf. Spenden können auf das VORAN-Konto (siehe Seite 2) unter dem Stichwort „Gedächtnis-Fonds Ivin Malaza“ eingezahlt werden.

Gemeindewahlen in Großbritannien

Liverpool gegen den Trend

In England (außer London) und Wales fanden im Mai Kommunalwahlen statt, bei denen die Labour-Party im ganzen Land z.T. herbe Verluste hinnehmen mußte. Mit einer wichtigen Ausnahme: Liverpool.

In Liverpool setzte sich die Parteiführung jahrelang mehrheitlich aus Unterstützern der marxistischen Wochenzeitung MILLITANT zusammen, die einen hervorragenden Kampf gegen die Kürzungen der Thatcher-Regierung und für soziale Reformen (z.B. Wohnungsbau, Bau von Kindergärten, Neueinstellungen im öffentlichen Dienst, Schaffung von Lehrstellen) durchführte. Diese Arbeit wurde durch das Einschreiten der nationalen Parteiführung um Neil Kinnock gestoppt. Die Liverpooler Partei wurde suspendiert, eine Reihe führender Genossen ausgeschlossen - im Gleichschritt mit den bürgerlichen Gerichten, die einigen ihr Ratsmandat entzogen und sie mit hohen Geldstrafen belegte. Gleichzeitig versuchte die Parteiführung Labourrechte wieder in Amt und Positionen zu hieven.

Der Kommunalwahlkampf in Liverpool wurde von den bürgerlichen Parteien, den Medien und leider auch seitens der Labourrechtler ganz im Zeichen des Kampfes gegen MILLITANT geführt. Dennoch war Liverpool die einzige Stadt in Großbritannien, in der Labour deutliche Stimmengewinne bei den Gemeindevahlen zu verzeichnen hatte!

In den Liverpooler Gemeindevahlkreisen Anfield und St. Mary's standen - wie in anderen Wahlkreisen auch - mehrere Labour-Kandidaten zur Wahl. (Nach dem britischen Kommunalwahl-System

jetzt, die Idee einer organisierten Gewerkschaftsratslinken in beiden großen Gewerkschaftsverbänden zu verankern. In den kommunistischen „Arbeiterkommissionen“ stimmten viele Mitglieder des Bundesausschusses gegen einen einheitlichen Generalsstreik, obwohl ihre Basis ihnen dazu den Auftrag gegeben hatte. Die sozialistische UGT wird gegenüber der PSOE-Regierung immer kritischer - ein führender Vertreter der Partei wurde wegen der rechten Sparpolitik am ersten Maissogar von weißen Kollegen ausgepfiffen.

Was ist bei den bevorstehenden Wahlen zu erwarten?

Bei den Wahlen im Juni wird es wahrscheinlich viele Enthaltungen von Jugendlichen geben. Die rechten bürgerlichen Parteien stecken in der Krise, die KP hat sich mehrmals gespalten, und aus Mangel an Alternativen werden viele Arbeiter nach wie vor die PSOE wählen - zähneknirschend und weil sie die Rechten nicht reinlassen wollen.

Trotz dieser Erfolge haben allerdings wegen der vorherigen „Säuberungen“ in der Partei in der neuen Labour-Stadtratfraktion die Parteirechten insgesamt eine Mehrheit von 31:20, was in Zukunft für die Kommunalpolitik Liverpools Folgen haben kann. Labour-Generalsekretär Whitty äußerte sich in der Presse sehr erstaunt über das Liverpooler Ergebnis: „Wer hätte vor zwei Wochen gedacht, daß Labour in Liverpool gewinnen würde?“ Auch der Tory-Vorsitzende Norman Tebbit meinte: „Das Ergebnis ist ganz außergewöhnlich. Die Parteiführer müssen viel darüber nachdenken - alle von uns.“

Nachdenken sollte vor allem Labour-Chef Kinnock. Ursprünglich als Linker in den Vorstand gewählt, ist er heute eine Art Mischung aus Wolfgang Roth und Johannes Rau. Entsprechend ist bisher der Wahlkampf verlaufen - entsprechend schlecht sind die Stimmung an der Basis und die Wahlausichten. Wenn Kinnock nicht noch in letzter Minute auf eine klare, aussagekräftige Kampagne umschwemmt, (wie sie z.B. in Liverpool geführt wurde) sind er und die Parteiführung dafür verantwortlich, wenn Thatcher es bei den allgemeinen Wahlen am 11. Juni womöglich ein drittes Mal schafft. (Ausführliche Berichterstattung darüber erfolgt in der nächsten Ausgabe von VORAN.)

Fiz Garrigé, Köln
Jungsozialistin



Die Gewerkschaftsaktivisten der COSATU sind die Speerspitze des Kampfes gegen das Apartheitsregime.

„Tarifpolitik ist auch Gesellschaftspolitik“

Interview mit Walter Epple, Drupa OV Stuttgart. Das Interview führte Dieter Janssen, Jungsozialist aus Stuttgart.

Was heißt Du von dem Tarifiergebnis?

Der Abschluß war eine Überraschung. Es war klar, daß die Unternehmer der Druckindustrie nur Scheinverhandlungen führen, immer mit dem Auge auf die Verhandlungen der Metaller. Als der Kompromiß da war, gingen die Angebote plötzlich runter. Einige Kollegen hatten das Gefühl, jetzt haben die Metaller uns hängen lassen. Da nämlich die Metaller die führende Rolle bei den Tarifverhandlungen hatten, bezweifle ich, daß die Drupa Chancen gehabt hätte, alleine mehr rauszuholen. Ein Unterschied zu 1984 ist, daß wir diesmal eine Anrechnung der Pausen für Schichtarbeit

beier abgewehrt haben.

Wie ist die Stimmung in den Betrieben? Wie haben die Kollegen auf das Ergebnis reagiert?

Schon beim Abschluß der Metaller wurde dieses Ergebnis bei den Kollegen diskutiert. Die allgemeine Meinung der Mehrheit war, daß das Ergebnis, das rauskam ohne Streik, im Großen und Ganzen ganz gut sei. Die Stimmung im Betrieb für einen Streik ging runter, zum Teil wegen Auseinandersetzungen beim Streik 1984. Die Unternehmer hatten die Zeit genutzt und ihre Spalterpolitik unter den Arbeitnehmern betrieben. Vielleicht wäre durch einen Arbeitskampf ein besseres Ergebnis erzielt worden, aber unter diesen Umständen ist der Abschluß gar nicht schlecht. In den kleinen und mittleren Betrieben wäre die Kampfbereitschaft diesmal größer gewesen, denn

dort haben die Arbeiter gesehen, daß auch in diesen Betrieben eine Arbeitszeitverkürzung verkräftbar ist.

Welche Perspektiven siehst Du für die Erreichung der 35-Stundenwoche?

Kann sein, daß es nach 3 Jahren schwerer sein wird, eine weitere Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen. Das wird sich noch zeigen, was der Abschluß wer ist, vielleicht schon nächstes Jahr? Das sind Spekulationen, aber es wird sich dann zeigen, ob man noch mal einen Abschluß mit so langer Laufzeit macht. Die Kollegen sehen auch, daß durch die Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze geschaffen wurden. Die nächsten 3 Jahre haben wir Zeit dazu, in den Betrieben die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung klar zu machen. Aber es ist auch mehr Unterstützung aus der Öffentlichkeit notwendig, z.B. wurde jetzt begonnen, Bürgerkomitees einzurichten.

In welche Richtung müssen die Gewerkschaften politisch gehen?

Manche Kollegen sind besorgt, daß gewerkschaftliche Themen in politischen untergehen. Aber es wird immer mehr Gewerkschaftsmittglieder klar werden, daß die Politik vor den Betrieben nicht halt macht, z.B. kann Tarifpolitik nicht völlig abgehoben vom politischen Umfeld gemacht werden; z.B. Arbeitszeitverkürzung: die hohe Arbeitslosigkeit und wie sich die Regierung dazu verhält. Die Gewerkschaften müssen dort politisch eingreifen. Das ist ja nicht nur Tarif-, sondern Gesellschaftspolitik. Das hat nicht nur Auswirkungen auf den Betrieb, sondern auch drum herum, wie man momentan bei der Auseinandersetzung um die Stahlpolitik sehen kann.

Zu welchen Problemen muß die Gewerkschaft politische Forderungen aufstellen?

Themen, die auch die Arbeiter, ihre Arbeitsplätze und Familien betreffen, d.h. Umwelt, Energiepolitik, im sozialen Bereich z.B. Schülerbeförderung, Friedenspolitik und auch eine kritische Stellungnahme zur Volkszählung.



Tarifkampf um Arbeitszeitverkürzung: Durch Streik wäre mehr drin gewesen.

Jungsozialisten in der SPD

Eiertanz zur Volkszählung

Das Bundesbüro der Jungsozialisten ist Mitte Mai nach Material gegen die Volkszählung von der Polizei durchsucht worden. Anzeigen laufen gegen den gesamten Bundesvorstand sowie persönlich gegen Mathias Kohlarz und Christine Ujma.

Gegen weitere Juso-Funktionäre - von der Landes- bis zur AG-Ebene - lauten Anzeigen wegen Verteilung von Flugblättern zur Volkszählung oder mündlichen Boykott-Aufrufen.

Dieses ungeheuerliche Vorgehen der Polizei, das sich nach den Grünten und Volkszählungs-Boykott-Initiativen jetzt auch gegen die Jusos richtet, bedarf einer starken politischen Reaktion. Wir dürfen nicht zulassen, daß Einzelpersonen herausgespielt und stellvertretend verfolgt werden. Jede Juso-AG sollte Solidaritätsresolutionen verabschieden und sie auch in die Partei einbringen. Es geht ja wohl nicht an, daß die Mutterpartei seelenruhig zustieht, wie ihre Jugendorganisation staatsanwaltschaftlich und polizeilich Übergriffen ausgesetzt ist. Der Bundes- und Landesvorstand sollten eine umfassende öffentliche Kampagne organisieren. Denn dies staatliche Vorgehen ist ein weiterer Beleg dafür, wie angebracht das Mißtrauen der Volkszählungsgegner gegenüber dem Staat ist.

Keine organisierte Kampagne

Das Ironische ist, daß sich führende Juso-Organe monatelang um einen klaren Boykott-Aufruf gedrückt haben. Eigentlich hätte sich der Bundesvorstand, seit geraumer Zeit unter Führung der Vertreter des Hannoveraner und Göttinger Kreis, von Anfang an an die Spitze der Boykott-Bewegung stellen müssen. Denn ein schlagkräftiges, bundesweit koordiniertes Vorgehen ist zur Sicherstellung des Erfolges nötig. Dies hätten die Jusos als größte poli-

tische Jugendorganisation in der BRD - in Unterstützung der Boykott-Initiativen - leisten können. Damit hätten sie einen wichtigen Beitrag zur Ausdehnung der Boykott-Bewegung, zur öffentlichen Aufklärung und nicht zuletzt zu ihrer Glaubwürdigkeit unter Jugendlichen leisten können.

Doch auf klare Stellungnahmen vom Juso-Bundesvorstand wartete man vergeblich. Da der SPD-Vorstand (einschließlich Lafontaine und die Linke) sich für die Volkszählung aussprach und einen ersten Boykott-Aufruf des Bundesvorstandes einzug, ließ es die „marxistische“ Juso-Führung dabei bewenden. Statt eine innerparteiliche und öffentliche Kampagne für den Boykott zu organisieren, gab der Bundesvorstand klein bei und veröffentlichte eine windelweiche Erklärung, in der lediglich „Stop der Volkszählung“ gefordert wurde. Um nicht mit dem Parteivorstand zusammenzustößen, wurde versucht, das Thema innerverbandlich auf Sparflamme zu halten. Die Vertreter des Hannoveraner Kreises argumentierten an der Basis, man könne die Folgen für Auftrieb zu rechtsdriftigen Handeln nicht verantworten.

Umnut an der Basis

Obwohl den führenden Vertretern der herrschenden Juso-Strömungen offenbar ein gedeihliches Miteinander mit dem Parteivorstand wichtiger war als eine klare Stellungnahme, gab es an der Basis Umnut und offene Boykott-Aufrufe von einer Reihe Untergruppierungen (z.B. Landesverbände Bremen und NRW, Unterbezirke Aachen und Stüttgart). Offenbar unter diesem Druck vollzog dann auch die Führung eine gewisse Wende mit der Begründung: Inzwischen sei klar geworden, daß die Volkszählung nicht mehr zu stoppen sei, daher müsse man nun auch über Boykott nachdenken - als

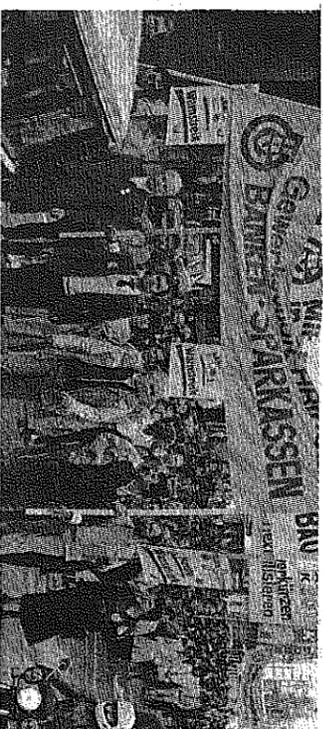
ob das nicht von Anfang an klar gewesen wäre.

Opportunismus des Bundesvorstandes

Nach wie vor scheute sich der Bundesvorstand also vor einem eindeutigen und verantwortlichen Aufruf zu einer harten Boykott-Strategie, wie sie von den Volkszählungs-Initiativen und den Grünen sowie eine Reihe Juso-Gliederungen längst beschlossen war. Die doppeldeutige Formulierung ist Ausdruck von Opportunismus in alle Richtungen: Den SPD-Vorstand will man damit beruhigen, daß man die Entscheidung, jedem selbst anheim stellt, der Basis und Öffentlichkeit gegenüber kann man behaupten, man habe ja zum Boykott aufgerufen. Leisetreterei und „vorsichtige Formulierungen“ waren letztlich auch kein Schutz gegen staatliche Verfolgung. Unbefriedigenderweise scheint die Juso-Führung jetzt nicht mal gewillt zu sein, gegen die Anzeigen und Durchsuchungen eine breite Kampagne zu organisieren.

Dieser Umnut um die Volkszählung zeigt wiederum, wie dringend die Unterstützung von VORAN zur marxistischen Erneuerung der Jusos und zum Aufbau eines marxistischen SPD-Füßgels ist, damit Juso-Führung und Parteilinke nicht in Opportunismus und Halbheiten versinken.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin



Bankangestellte kämpfen gegen den „Dienstleistungsabend“.

HBV-Tarifrunde

„Wenn es ernst wird, müssen die Klamotten hingeschmissen werden“

Interview mit Peter Wolters, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Kaufhalle Aachen.

Die CDU/FDP-Regierung will noch 1987 das Ladenschlußgesetz ändern. An zunächst einem Tag in der Woche sollen Einzelhandel, Banken, Versicherungen und einige Behörden bis in die späten Abendstunden geöffnet bleiben.

Welche Folgen hätte dieser „Dienstleistungsabend“?

Der „Dienstleistungsabend“ ist frauen- und familienfeindlich. Mehr als 2/3 der Beschäftigten im Einzelhandel sind Frauen. Bei uns im Betrieb sind es 90%. Die Kolleginnen würden ihre Familie an diesem Tag gar nicht mehr sehen. Die bestehenden Arbeitszeiten sind schon schlecht genug. Und wie soll z.B. eine Frau ohne eigenes Auto nach 22 Uhr abends gefahrlos nach Hause kommen?

Vollarbeitsplätze würden zunehmen von Teilzeitarbeitsplätzen weiter abgebaut. Dabei arbeiten im Einzelhandel besonders viele allein stehende Frauen. Auch die Verbraucher wären betroffen, denn die höheren Betriebskosten (Heizung an kalten Winterabenden, Strom) würden von den Unternehmen auf die Preise aufgeschlagen.

Wie ist die Stimmung unter den Beschäftigten?

Die Kolleginnen und Kollegen stehen praktisch ausnahmslos hinter der Forderung: „Hände weg vom Ladenschlußgesetz“. Bei unserer Plaketenaktion haben in den größeren Betrieben fast alle die HBV-Plakette „18.30 Uhr Feierabend - keine Minute länger“ getragen. Bei uns im Betrieb ist dabei eine Kollegin spontan in die Gewerkschaft eingetreten.

Was ist notwendig, um den „Dienstleistungsabend“ zu verhindern?

Da ist sicherlich mehr nötig als eine Plaketenaktion. Unsere Forderung ist ja, den Ladenschluß tariflich

Gelegenheitsjobs für Jugendliche Niedriglohn und Knochenarbeit

Die meisten jugendlichen Arbeitslosen haben zu wenig Geld, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Viele Studenten müssen ihr Studium selber finanzieren. Für diese Jugendlichen sind Gelegenheitsjobs der letzte Ausweg, ja lebensnotwendig. Und dies wissen natürlich Unternehmer, die diese Jugendlichen hemmungslos ausnutzen. Stundenlöhne um DM 6,- sind der Regelfall. Soziale Absicherung bei Krankheit (z.B. einem Arbeitsunfall) ist der Ausnahmefall. Man ist dem Arbeitgeber völlig ausgeliefert.

Wie übel man da z.B. einem Sozialhilfempfänger oder Arbeitslosengeldbezieher mitspielen kann, zeigt folgendes Beispiel aus unserer Juso-AG:

Ein arbeitsloser Jugendlicher kann auslichtweise vier Wochen lang bei einer Gebäudereinigungs-firma arbeiten. Fünf Tage die Woche für jeweils zwei Stunden. Der Stundenlohn beträgt 8,- DM, davon müssen auch noch die Busfahrkosten bezahlt werden. Dies ist schon eine Schweißerei und Ausbeutung, zumal man die geforderte Arbeit in zwei Stunden nicht schaffen kann und es sich hierbei um eine echte Knochenarbeit handelt. Aber er ist auf das Geld angewiesen. Ein genauso großer Skandal ist

festzuschreiben. Die Kolleginnen und Kollegen sind in diesem Fall noch eher zu mobilisieren als z.B. für eine Lohnerhöhung. Ich hoffe, daß wenn es ernst wird, die Klamotten hingeschmissen werden. In manchen Betrieben könnte ein Streik allerdings so noch nicht laufen.

In einer Filiale von Woolworth hat z.B. eine aktive Kollegin dem Betriebsrat vorgeschlagen, sich doch mit anderen Betriebsräten zusammenzusetzen, um gemeinsam weitere Aktionen zu beraten. Die Antwort der Betriebsratsvorsitzenden war, sie würde sich allerhöchstens mit Woolworth-Betriebsräten zusammensetzen - schließlich würde sie ja von Woolworth bezahlt. In solchen Fällen ist die Unterstützung aktiver Kollegen von der HBV nötig.

Wie können Euch DGB und SPD/Jusos unterstützen?

Verschleierungen sind in anderer Form auch in anderen Bereichen geplant: Samstagsarbeit, Flexibilisierung der Arbeitszeit, der Arbeitnehmer auf Abruf. Wir sind auch gegen längere Öffnungszeiten bei Behörden, obwohl wir tagtäglich bis 18.30 Uhr im Geschäft stehen müssen. Wir erwarten daher auch die Solidarität der dort Betroffenen, die Solidarität von der ÖTV.

Von denen, die nicht direkt von einer Verlängerung der Öffnungszeiten betroffen wären, versprechen sich einige natürlich Vorteile von der geplanten Änderung. Deshalb ist eine Diskussion in SPD und DGB und eine breite Öffentlichkeitsarbeit von SPD und DGB über die wirklichen Auswirkungen dieser Änderung notwendig. Deshalb finde ich den Vorschlag von einigen Jusos sehr gut, eine große öffentliche Veranstaltung zusammen mit der SPD, den Jusos und den Gewerkschaften zu diesem Thema durchzuführen.

Das Gespräch führten Georg Kimmel und Gaetan Kayfahre, Jungsozialisten aus Aachen

der Arbeitsvertrag, den er für diese vier Wochen Ausbeutung unterschreiben muß. Unter anderem heißt es darin, daß man verpflichtet ist, eine Behörde, von der man Geld bezieht, von diesem Nebenverdienst zu unterrichten. Augenzeugenrückmeldung ist dann gesagt: „Wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter.“ Im Klartext heißt das: Der Unternehmer ist gesetzlich abgesichert, der Jobber ein Schwarzarbeiter, der gegen das Gesetz verstößt.

Nachdem er dann die vier Wochen hinter sich gebracht hat, fängt das Warten auf das Geld an. Nach zwei Wochen erkundigt er sich dann mal, wo das Geld bleibt. Die Antwort lautet: Man solle sich doch etwas gedulden. Als er schließlich Druck macht, weil er das Geld braucht, kommt die Drohung: Man könne ja eine Kopie des Arbeitsvertrages dem Arbeitsamt zukommen lassen. ... Fazit: Kapitalismus gleich: einige Reiche und viele Arme. Kapitalismus in der Krise gleich: einige Reiche und viele Arme, die noch hemmungsloser ausgebeutet werden. Der einzige Ausweg daraus kann nur eine sozialistische Gesellschaft sein.

Uwe Ziegler, Aachen
Jungsozialist

VORAN

SPD-Sieg in Hamburg

Kein Grund zur Selbstzufriedenheit

Die „Hamburger Verhältnisse“ sind zunächst einmal beendet. Sechs Monate nach der Bürgerschaftswahl vom November letzten Jahres, nach monatelangen Koalitions- und „Tolerierungs“-Verhandlungen zwischen den Parteien, ist die SPD am 17. Mai im zweiten Anlauf als Siegerin aus der Wahl hervorgegangen. Voraussichtlich wird sie mit der FDP, die diesmal die 5%-Hürde übersprungen hat, eine Koalitionsregierung bilden. Grund zum Jubel für SPD-Mitglieder und -Wähler?

Natürlich ist der SPD-Sieg mit 45% gegenüber 40,5% der CDU zu begrüßen:

- die SPD hat sich den Rang als stärkste Hamburger Partei von der CDU zurückerobert,
- der Regierungsanspruch der CDU (zusammen mit der FDP) wurde zurückgeschlagen,
- der Alptraum einer Wende nach Bonner und hessischem Muster nun auch in der SPD-Hochburg Hamburg wurde abgewendet.

Die CDU-Verluste hielten sich allerdings in sehr engen Grenzen. Gegenüber der November-Wahl betrug sie lediglich ca. 3500 Stimmen. Demgegenüber gewann die FDP knapp 20.000 Stimmen dazu, sodaß das bürgerliche Lager insgesamt ca. 15.000 Stimmen Zuwachs verzeichnete und damit an der leicht gestiegenen Wahlbeteiligung teilhakte.

SPD - kein Grund zur Selbstzufriedenheit

Der Wahlsieg der SPD wurde zwar von allen Anhängern sowie manchen grün-alternativen Sympathisanten mit Erleichterung aufgenommen, er sollte aber von der SPD-Führung nicht mit Selbstzufriedenheit quittiert werden. Dieser Wahlsieg darf weder überbewertet werden, noch zu falschen Schlufffolgerungen führen. Klaus von Dohnanyi hat keineswegs einen strahlenden persönlichen Sieg errungen, wie einige Kommentatoren gleich nach der Wahl verkündeten. Die SPD hat sich nämlich nur teilweise von der schweren Schlappe der November-Wahl erholt, hat nur teilweise ihre damaligen schweren Verluste wettmachen können: Im November hatten die Wählereinbußen gegenüber der davorliegenden Bürgerschaftswahl 130.000 betragen; demgegenüber beließen sich aber die jetzigen Zugewinne der SPD auf nur ca. 40.000 Stimmen! Es muß auch daran erinnert werden, daß Dohnanyi und die rechte SPD-Politik die Partei in der Vergangenheit um die absolute Mehrheit gebracht haben.

Nach wie vor verweigern viele SPD-Stammwähler und Jugendliche aus Enttäuschung mit der Senatspolitik unter Dohnanyi der SPD ihre Gefolgschaft. Es ist sicher kaum überspitzt zu sagen, daß die meisten der 40.000 zur SPD „zurückgekommenen“ Wähler die Partei trotz und nicht wegen der Politik Dohnanys gewählt haben.

VIDEO-ANGEBOT:

„Schüler-Kampf in Spanien“

Dokumentaraufnahmen der zweimonatigen Schülerstreiks und -Kundgebungen in Spanien, durch die der Regierung Bildungsreformen abgerungen wurden.

VHS 30 Minuten, Leigebühr 20,- DM

(Erlös geht an die spanische Schülergewerkschaft SEEM)

zu beziehen über: Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1, Tel. 0221/134504

Angst vor der CDU

Dies trifft sicher für den größten Teil der 30.000 ehemaligen GAL-Wähler zu, die diesmal der SPD den Vorzug gaben und damit bereits für 75% der SPD-Stimmengewinne verantwortlich gewesen sein dürften. Die dann noch übrigbleibenden 10.000 zusätzlichen SPD-Stimmen sind mit der um ca. 20.000 Stimmen höheren Wahlbeteiligung zu erklären, die ebenfalls aus Angst vor einem CDU-Bürgermeister der SPD teilweise zugestossen sind.

Die Wahlanalyse zeigt eindeutig, daß die SPD fast ausschließlich aus dem Lager der im November zu den Grünen oder in die Wahlenthaltung abgewanderten Wähler dazugewonnen hat. Auch hier erwies sich der sogenannte „Wähler der Mitte“, an den sich die Parteiführung um Dohnanyi mit ihrer Politik wendet, wieder als Phantom. Wenn die Angst vor der CDU schon zu einem Stimmenzuwachs geführt hat, was hätte erst durch einen begeisterten Wahlkampf mit klaren Aussagen und Forderungen erreicht werden können?

Schlappe für die GAL

Für die GAL bedeutet das Wahlergebnis eine schwere Schlappe. Eine Ursache für die Abwanderung vieler ehemaliger Wähler ist sicher die als „reine Verweigerungshaltung“ verstandene harte Linie der Hamburger GAL-Mehrheit gewesen, deren führende Vertreter die SPD nur „vorführen“ wollen und dafür notfalls sogar eine CDU-Regierung in Kauf zu nehmen bereit sind. Darüberhinaus haben wahrscheinlich die in letzter Zeit verschärft aufgetretenen Konflikte zwischen den rivalisierenden Flügeln der Grünen (Duisburger Parität) eine abschreckende Rolle gespielt, die von den Medien genüßlich ausgeschachtet wurden.

Deutlich geworden ist aber vor allem, daß viele Wähler die Grünen als „Denkzettelpartei“ betrachten, der sie ihre Stimme unter bestimmten Umständen geben, um ihrer Enttäuschung über die bisher bevorzugte SPD Ausstrahlung zu verschaffen. Solche Wähler sehen die Grünen jedoch nicht als endgültige politische Heilmat an und kehren bei veränderten Bedingungen schnell wieder zur SPD zurück, z.B. wenn - wie in Hamburg - eine Regierungsgübernahme durch die CDU droht.

Schwäche der SPD-Linken

Andererseits könnte eine in ihrer Politik und Programmatik veränderte SPD, die die Themen und Anliegen der Grünen (Umwelt, Frieden) ebenso wie die Interessen der Arbeiter (Arbeitsplätze, soziale Sicherheit) glaubwürdig und konsequent vertritt, diese unzufriedenen Wähler in Scharen und dauerhaft zur SPD zurückgewinnen. Eine solche konsequente Alternative hat die SPD in Hamburg allerdings absolut nicht angeboten.

Die Grünen leben in jedem Fall von der Schwäche und dem Versagen der SPD-Linken, die es in der Vergangenheit nicht verstanden hat, eine starke und glaubwürdige innerparteiliche Opposition gegen die Politik der Parteiführung aufzubauen. Mit der Entwicklung eines starken, von der Basis der Gewerkschaften getragenen, linken Parteiflügels in der SPD werden die Grünen letztlich ihre Daseinsberechtigung und ihre jetzt noch vorhandene Unterstützung verlieren. Dieser Prozeß wird noch beschleunigt werden durch die immer offener ausbrechenden harten Richtungskämpfe zwischen den auseinanderstrebenden Parteiflügeln.

SPD/FDP-Koalition: ein Irrweg

Die Hamburger SPD-Führung hat sich schon vor der Wahl auf eine Koalition mit der FDP als „Ausweg“

Notlige - Lüge - Statistik

Im April waren 2.215.900 Bundesbürger arbeitslos. Am schlimmsten betroffen sind Frauen und Jugendliche zwischen 20-25 Jahren, jeder achte Jugendliche ist bereits arbeitslos. Und die Zahl der Dauerarbeitslosen steigt auch. Nur weiter so, Deutschland!

Allmonatlich gibt der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Herr Franke, seine Zahlen bekannt. Herr Franke ist CDU-Mitglied, er hat sicherlich kein Interesse daran, seinen Parteifreunden in Bonn zu sagen. Also, was macht der Mann, wenn es zu viele Arbeitslose gibt? Ganz einfach, die Statistik wird geschönt. Das läßt nicht so, indem man Arbeitslose nicht zählt, nein, das wäre ja eine Fälschung. Nur: Wer im Lande Arbeitsloser ist, das bestimmt Herr Franke, bzw. die Herren Kohl und Blum.

Was macht nun das Amt mit der Statistik? Erst einmal kommen alle raus, die sich abgemeldet haben, ob sie jetzt Arbeit haben oder nicht. 1985 waren das rund 1,5 Millionen

aus der verfahrenen Situation eingestellt. Dieser „Ausweg“ wird sich als Irrweg erweisen! Denn was die SPD braucht, ist eine grundlegende Erneuerung ihrer Politik: weg von untermemorierter „Standort“-Politik, hin zu einer konsequenten Vertretung der Interessen der arbeitenden Menschen und der Jugend. Diese Umorientierung ist aber nur möglich durch eine Rückbesinnung auf die sozialistischen Traditionen der SPD. Eine solche Rückbesinnung läßt sich nicht verwickeln mit der kleinen Partei des großen Kapitals als Koalitionspartner. Im Gegenteil - ein Bündnis mit der FDP garantiert die Fortsetzung und Verstärkung der bisherigen Senatspolitik, die bei der Wahl im November 86 die SPD-Anhänger scharenweise in die Arme der GAL bzw. in die Wahlenthaltung getrieben hat. Man sehe sich nur die Politik der Hamburger FDP an:

- Die FDP will Staatsvermögen verkaufen, u.a. Teile des SAGA-Wohnungsbestandes, Anteile der Landesbank und Anteile der Hamburger Elektrizitätswerke (HEW).
- Die FDP will den zweiten Arbeitsmarkt in der bisherigen Form nicht aufrechterhalten (ABM).
- Eine Änderung der HEW-Satzung zugunsten anderer Energieträger als der Atomkraft will die FDP nicht zustimmen.
- Den Kauf der NH-Wohnungen will die FDP neu verhandeln, die Stadt soll die Wohnungen nicht auf Dauer behalten.
- Die Gewerbesteuer soll herabgesetzt werden.
- Die FDP will „schmerzhaftes Einschnitte“ in die Kosten des öffentlichen Dienstes
- In Wandstök wurde mit Hilfe der FDP durch die CDU ein sozialdemokratischer Bezirksamtsleiter abgewählt.

Dieses alles vor dem Hintergrund der in den nächsten Jahren bevorstehenden tiefen Wirtschaftskrise! Es ist schlimm, wenn von Dohnanyi über Rau bis Lafontaine (!) alle das Bündnis mit der FDP bejubeln und das „Aufbrechen des Denkens in Lagern“ feiern.

Dieses Bündnis wird zu nichts anderem als zu drastischen Kürzungen im Sozialbereich führen. Es ist dann nur eine Frage der Zeit, wann sich die Wähler und Anhänger wieder enttäuscht von der SPD abwenden, die GAL wieder Zulauf erhält, die



Kein glänzender persönlicher Wahlerfolg: Klaus von Dohnanyi Parteibasis aufmuckt und die Kritik in die Krise gerät.

Sozialistische Erneuerung

Die einzige Alternative hier ist die sozialistische Erneuerung der SPD. Schon die Landtagswahl Hessen haben gezeigt, daß „Denkzettel-Wahl“ plötzlich das entscheidende Ergebnis einer schweren Mehrheit mit sich brachte. Hamburg haben rote Grüne Wähler deshalb nun wieder zähmenschend zur Wahl der SPD entsendet - mit dem Ergebnis einer nicht erwünschten sozialliberalen Koalition. Dies zeigt: Mit Stimmzettel alleine ist wenig gewonnen. Der Schlüssel liegt im Kampf um eine sozialistische Veränderung der SPD, in der Verstärkung des zeit oft schlaffen und profitlosen linken Flügel.

Auch in der jetzigen Hamburg Situation führt daran kein Weg vorbei. Die Parteilinke ist gefordert, muß offensiv gegen eine Koalition mit der FDP kämpfen. Sie muß sozialistische Erneuerung der Parteivorantreiben und sich für eine SPD-Minderheitsregierung mit sozialistischer Politik einsetzen, der Unterstützung der GAL in Form einer „Tolerierung“ oder Koalition sucht. Mittelfristig kann dann der nächsten Wahlen eine absolute SPD-Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms und mit Hilfe einer massenhafte Mobilisierung der SPD-Stammwähler und der Jugend erreicht werden.

Joachim Henck
SPD-Mitglied
Hamburg-Bergedorf

senhilfe bzw. -geld nötig, dann Arbeitslose, die ihre Situation nicht verschuldet haben, trotzdem meist schwerwiegend leben können. Ein Mindestsatz von 1500 DM wäre dafür nötig. Dieses Geld darf aber nicht wieder von den kleinen Leuten genommen werden, sondern diejenigen müssen zahlen, die diese Krivensschulden, die Unternehmen durch ihre Profitgier.

Aber alle sozialen Reformen werden auf die Dauer im Kapitalismus nicht haltbar sein. Wir müssen fit die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie und eine demokratische Kontrolle und Planung der Wirtschaft zur Verhinderung von Krisen Umweltverschmutzung und Kriegsgefahr kämpfen. Dafür muß die SPD sozialistisch erneuert werden. Wenn der Kapitalismus uns nicht braucht, brauchen wir den Kapitalismus auch nicht. VORAN zu sozialistischen Demokraten.

Pucki Wulf, Lübeck
Jungsozialist

Ich möchte

- VORAN abonnieren
- 6 Ausgaben zu 9,60 DM
- VORAN weiterverkaufen
- und bestelle Exemplare in Kommission (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab DM 20,-)

(Bitte nebenstehendes Adressfeld ausfüllen und einschicken.)

Pöchl Essen, BfLZ 360 100 43
Konto Nr. 2500 59-430
Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1

VORAN

Ich möchte unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

